

Werner Rätz

Die Friedensbewegung zwischen Raketen und Asylrecht

Vorbemerkung

Eine umfassende Beschreibung der Entwicklung der Friedensbewegung über einen Zeitraum von 10 Jahren ist im Rahmen eines Artikels natürlich nicht zu leisten. Ich beschränke mich deshalb auf einen Ausschnitt, den ich allerdings für aussagekräftig halte: auf die Zusammenarbeit der Organisationen, die bundesweit im Rahmen des „Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung“ (KA) und später des „Netzwerks Friedenskooperative“ (NFK) kooperiert haben. Den KA kenne ich selbst aus ununterbrochener Mitgliedschaft, das Netzwerk aus nach wie vor vorhandener Nähe zu Projekten und Personen.

1. Nach dem Stationierungsbeschluss

Das Bild hatte Symbolcharakter und ging um die Welt: am 21. November, einem bitterkalten Montag im Jahr 1983, standen und saßen tausende Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Adenauerallee und der Heussalle, dem Hauptzugang zum Bonner Regierungsviertel in unmittelbarer Nähe des Bundeskanzleramtes. Sie Missachteten damit bewusst die um das Parlament gezogene „Bannmeile“, in der politische Meinungsbekundungen den NormalbürgerInnen verboten sind. Die ebenfalls recht zahlreich anwesende Polizei schoss stundenlang mit Wasserwerfern und gelegentlich mit Tränengas in die Menge, aber die wich nicht vom Fleck. Währenddessen diskutierte und beschloss wenige Meter weiter der Deutsche Bundestag über die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in der BRD.

Fast 10 Jahre später, am 26. Mai 1993, wiederholte sich das Bild: wieder beschloss der Bundestag „unter Belagerung“ ein folgenreiches Gesetz, die Beseitigung des Asylrechts in Deutschland. So bildet dieses doppelte Bild nicht nur eine Klammer um die nachfolgenden Ausführungen, es fasst auch ein Jahrzehnt symbolhaft zusammen: aus der US/Nato-„Nach“rüstung ging das größer gewordene Deutschland als europäische Führungsmacht hervor, ohne dass Protest oder Widerstand es allzusehr hätten behindern können.

Aber zurück zum November 1983.

Die Friedensbewegung war in den beiden Jahren davor zu den größten Mobilisierungen fähig gewesen, die dieses Land je gesehen hatte. In Umfragen stellten sich stabile Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheiten hinter ihre Forderungen. Sie hatte die Gewerkschaften nach anfänglichen Schwierigkeiten weitgehend auf ihre Seite gezogen und auch große Teile der SPD - letzteres ein zwiespältiger Erfolg, denn mit deren Abwahl aus der Regierung war gleichzeitig die Hoffnung eines großen Teils der Friedensbewegung erledigt, die „Nach“rüstung per Regierungsbeschluss kippen zu können.

Im Hochgefühl der eigenen Stärke weigerte sich die große Mehrheit der AktivistInnen, die Schwierigkeiten der neuen Lage zu akzeptieren. Auch nachdem 1983 die Kohl-Regierung in Wahlen bestätigt worden war, glaubten sie fest an ihren Erfolg. Ein Vertreter des „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ verbürgte sich sogar auf einer von an die 2000 Menschen besuchten Aktionskonferenz persönlich dafür („...dann verspreche ich euch...“), dass die Raketen nicht stationiert würden.

Aber auch die Minderheit, die diesen Optimismus nicht teilte oder gar für schädlich hielt, hatte kein Rezept. Die auf mancher linken Demonstration hörbare Parole „Aufruhr, Widerstand, es gibt kein ruhiges Hinterland“ beschrieb zwar eine weitverbreitete Idee, aber an Vorstellungen zur Umsetzung

mangelte es, und noch mehr an den Massen, die das hätten einlösen können.

War da der 21.11.83 die Wende? 5-10 000 Menschen hatten mit minimaler Vorbereitung gemeinsam, kontrolliert und beharrlich die Regeln des gesellschaftlich Erlaubten durchbrochen und einen ersten Schritt zur realen Störung der bedrohlichen Politik getan. Wer das damals dachte, und ich neigte zumindest dazu, hatte übersehen, was in einem anderen Beitrag dieses Buches ausgeführt wird, nämlich Angst und Widerstand angesichts existenzieller Bedrohung das normale Verhalten wäre. So gesehen ist die Bundestagsbelagerung von 1983 eher das Symbol der Niederlage gewesen: die Raketen wurden stationiert, und nur wenige Tausend empfanden das als so bedrohlich, dass sie für einen Tag ihre Alltagsroutine unterbrachen.

Weit davon entfernt, diese Einsicht zu teilen, orientierte die KA-Mehrheit und mit ihr die meisten Gruppen vor Ort auf ein trotziges „Jetzt erst recht“ und „Weiter so“. Ich war im KA heftigsten Angriffen und persönlichen Beleidigungen ausgesetzt, als ich den Bundestagsbeschluss zur Stationierung als Niederlage bezeichnete. Der Streit begleitete (nicht nur) den KA während seiner ganzen Existenz: Ist es richtig, Situationen, auch unangenehme, offen und ehrlich zu analysieren, oder demobilisiert das „die Leute“ nur, und kommt es nicht vielmehr darauf an, sie aufzubauen und ihnen zu zeigen, was sie können? So falsch, wie die Alternativen in dieser Frage sind – geht darum, das eine zu tun ohne das andere zu lassen und vor allem darum, davon auszugehen, dass die Leute selber denken können und es merken, wenn du ihnen Einschätzungen vorenthälst – so falsch mussten auch die Antworten ausfallen.

2. Das zähe Überleben einer erfolglosen Bewegung

Trotzdem gab es natürlich in allen Teilen der Bewegung intensive Debatten darüber, wie es jetzt weitergehen könne. Dabei kam schon fast alles zur Sprache, was in den kommenden zehn Jahren Diskussions- und Aktionsgegenstand wurde. Das werde ich weiter unten an einzelnen Beispielen genauer nachvollziehen, hier mag der Hinweis genügen, dass diese Debatte auch schon Anfang 1984 äußerst hart geführt wurde. Austritt aus dem KA und offene und öffentliche politische Konfrontation standen immer wieder als Überlegungen oder Drohungen im Raum. Trotzdem wurde die in Baden-Württemberg praktizierte Spaltung (s. Beitrag dazu in diesem Buch) auf Bundesebene nicht nachvollzogen. In den KA-Organisationen gab es nicht nur ein Wissen darum, dass die Stärke der Bewegung auch der Breite und dem Zusammenhalt des Bündnisses zu verdanken war („wie könnt ihr Friedensbewegung sein, wenn ihr euch nur streitet!"). Es gab auch eine gewisse Achtung und ein minimales Vertrauen, zumindest aber Vertrautheit, der dort aktiven FunktionärInnen untereinander. Das dürfte wesentlich zum langen Leben des KA beigetragen haben, aber eben auch zu seiner relativen Abgeschlossenheit nach außen.

1984: Ein bunter Strauß von Neuem und Altem

Um die nach wie vor vorhandenen Meinungsmehrheiten für die Friedensbewegung sichtbar werden zu lassen, führten Teile des KA im Zusammenhang mit der Europaparlamentswahl vom Sommer 1984 eine „Volksbefragung“ durch, an der sich auch tatsächlich über fünf Millionen Menschen beteiligten. Da die selbstorganisierte Befragung aber keine direkten plebiszitären Elemente enthalten konnte, brachte sie keine neue Qualität gegenüber der früheren Unterschriftensammlung des „Krefelder Appells“.

Schwerpunkt des Jahres sollte der „gemeinsame Friedensherbst 84“ werden. Schon dass das „gemeinsam“ betont werden musste, deutet auf die Schwierigkeiten hin, die sich im Titel des Aufrufes auch direkt ausdrücken; er zitiert im Proporz die Stichworte und Vorlieben (fast) aller Strömungen der Friedensbewegung im Proporz: „Frieden schaffen – Atomwaffen abbauen – Rüstung einfrieren – Abrüsten. Nein zu Pershing II und Cruises Missiles“. Dabei kommen nur die

aktionsorientierten Teile der Bewegung etwas zu kurz, aber die tauchen dafür im „integrierten Konzept“ (auch hier wieder ein verräterisch betontes Adjektiv!) der Aktivitäten umso stärker wieder auf:

- „Menschennetz“ und Kundgebung in der Region Fulda am 29.9.
- „Menschenkette“ von Hasselbach (Hunsrück) nach Duisburg mit Abschlusskundgebung in Bonn (und ähnliches in Stuttgart sowie Kundgebung in Hamburg) am 20.10.
- Demonstration für „Frieden und Gerechtigkeit in Mittelamerika“ in Bonn am 3.11.
- Verweigerungstage vom 20.-24.11.

Seitens der unabhängigen/linken/autonomen Gruppen wurden unmittelbar vor der Aktion im Fulda-Gap Manöverbehinderungen dort und im Raum Hildesheim organisiert, mit denen die Funktion dieser Regionen als zentrale Aufmarschgebiete für praktische Kriegsplanungen herausgestellt werden sollte. Die öffentliche Aufmerksamkeit war nicht zuletzt dadurch recht groß, dass sich kurz vor der Aktion mit Heinrich Albertz, Gert Bastian, Heinrich Böll, Erhard Eppler, Oskar Lafontaine und Helmut Priß prominente Unterstützer der Friedensbewegung öffentlich heftigst dagegen aussprachen. In seltener Einmütigkeit wurde ihre Kritik von allen Bewegungsteilen zurückgewiesen, was später oft nicht mehr der Fall war; ihre „Aktionsform“ – öffentliche Vorabdistanzierung von „Verbündeten“ statt Angriffe gegen den Aufrüsterstaat – blieb der Bewegung nämlich bis zum Schluss erhalten. Ebenso wurden Manöverbehinderungen bis Ende der 80er-Jahre von einzelnen Gruppen durchgeführt.

Die „Menschenkette“ vom geplanten Stationierungsort der Cruises Missiles im Hunsrück nach Duisburg als zentraler westdeutscher Industriestadt (die Aktionskonferenz hatte eine ausdrückliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderung nach 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich beschlossen), kam zwar zustande, hatte aber Lücken, die nicht alle mit der in demonstrationstechnischer Hinsicht genialsten Erfindung des KA zu schließen waren: den „Kettenbändern“. Dabei handelte es sich um ca. 1,50m lange, 5cm breite Stoffbänder, auf die Friedenssymbole und -demonstrantInnen gedruckt waren. In die Hand zwischen zwei Menschen genommen, nahmen diese doppelt soviel Platz in der Kette ein wie allein. Sie dienten jahrelang außerdem als Stirnband, Krawatte, Erkennungszeichen, OrdenerInnenbinde, Absperrband – aus einem faulen Trick wurde ein Universalwerkzeug!

In Fulda/Hildesheim hatten sich die unabhängigen/linken Gruppen in eigenständiger Organisation versucht, die „Köpfezahlaktionen“ des 20.10. hatten sie nur aus Bündnisloyalität mitgetragen; die besonderen Schwierigkeiten dieser Strömung innerhalb der Gesamtbewegung kamen bei den beiden anderen Aktionen deutlich zum Vorschein. Gegen ihren Willen hatte die KA-Mehrheit die Mittelamerikademonstration in Bonn und nicht in Frankfurt angesetzt, um Willy Brandt als Redner einladen zu können. Das war für fast alle Solidaritätsgruppen eine offene Provokation, sie und die Linken in der Friedensbewegung riefen zum Protest gegen den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationalen vor Ort auf, einige zum Sturm auf die Bühne. Die Polizei hielt starke Kräfte bereit, um den Platz zu räumen und die Bühne zu sichern, sollte die Friedensbewegung das nicht selbst regeln können. Aus Furcht vor einer negativen öffentlichen Reaktion stellten sich Friedensaktivistinnen (auch linke) zwischen DemonstrantInnen und Willy Brandt. Damit war in der linken Mittelamerika-Solizszenen das Bedürfnis nach einem Bündnis mit der Friedensbewegung gestorben.

In der Sache völlig anders, im Ergebnis aber nicht weniger dramatisch, verhielt es sich mit den „Verweigerungstagen“: sie fanden als gemeinsame Aktion nicht statt; die Gruppen, die eh' Kriegsdienstverweigerungsarbeit machten, blieben allein.

1985-1988: „radikale“ Formen, seichte Inhalte

Ursprünglich hatten die Unabhängigen auf eine Dynamik gehofft, die aus einer Verknüpfung von „radikaleren“ Aktionsformen (Manöverbehinderungen) mit klaren Inhalten (Kriegsvorbereitungen hier, realer Krieg in Mittelamerika) und Massenmobilisierung entstehen könnte. Der Herbst 84 hatte nicht nur ihnen gezeigt, dass das so nicht funktionieren würde. Aus einer teilweise sehr polemisch und in sonderbaren Konstellationen geführten Diskussion heraus ergab sich, dass für 1985 keine gemeinsame Großaktion vorbereitet werden sollte. Die fehlende Fähigkeit, eine solche ohne konkreten Anlass zu organisieren, war offensichtlich.

Dabei hätte der Aktionsanlass auf dem Tisch gelegen: Anfang Mai 1985 tagte der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn. Aber bezüglich dieser Versammlung gab es so wenig eine Konsensmöglichkeit zwischen den linken und den sozialdemokratischen Teilen der Bewegung wie vorher in Bezug auf die Rolle der Sozialistischen Internationalen in Mittelamerika. Besonders diejenigen KA-Organisationen mussten vor unüberwindbaren Problemen stehen, deren Vertreter haupt- oder ehrenamtliche SPD-Funktionäre waren. Erwartungsgemäß taten sie alles, um eine gemeinsame Aktion zu verhindern. Aber entgegen jeder Erwartung brachte die Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF) ein Bündnis zusammen, in dem alle anderen Strömungen der Friedensbewegung zumindest mit Teilen vertreten waren und das auch die organisierte autonome Frauenbewegung, die 3. Welt-Solidaritätsgruppen und die Autonomen umfasste. Ein Tribunal am 3. und eine Demonstration am 4. Mai waren auch mobilisierungsmäßig ein Erfolg (etwa 35 000 bei der Demo). Damit war sichtbar, dass das „radikalere“ Spektrum der Friedensbewegung nicht umstandslos übergangen werden konnte.

Die im KA parallel weitergeführte inhaltliche Diskussion brachte schließlich eine Einigung, die bei einer Aktionskonferenz im Juni 85 als „5 Kölner Punkte“ beschlossen wurde. Sie waren in Form von Forderungen an die Bundesregierung formuliert und benannten damit den Adressaten/Gegner klar. Sie betrafen alle wesentlichen Bereiche der Kriegsplanung: Weltraummilitarisierung; Massenvernichtungswaffen, Rüstungshaushalt und offensive Kriegsführungsstrategien, innere Militarisierung sowie Hunger und Elend in der 3. Welt, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit. In einer Informationswoche im Herbst 85 versuchte der KA, diese Themen bekannt zu machen und zu popularisieren.

BUF hatte schon vor dem Herbst 1983 auf eine verstärkte Hinwendung zu den Standorten der Aufrüstung orientiert. Die naheliegende Verbindung dieses Ansatzes mit dem skizzierten inhaltlichen Rahmen schien eine Großaktion in Hasselbach, dem Ort des im Bau befindlichen Stationierungsgeländes für die Cruises Missiles im Hunsrück, zu sein. Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit zum Weltwirtschaftsgipfel sowie die Ergebnisse vieler intensiver inhaltlicher Diskussionen mit anderen KA-VertreterInnen ermöglichten es BUF, die Bündniskonstellationen erneut zu verändern und einen Beschluss für Hasselbach herbeizuführen. Was damals wie ein erkämpfter Erfolg aussah, muss allerdings auch als Ergebnis des Umstandes angesehen werden, dass schon seit Herbst 84 die Schwäche der Bewegung auch für die unübersehbar war, die das öffentlich leugneten. Sie hatten oft noch weniger einen Aktionsvorschlag zu machen als wir, weil ihre Ideen schon durchprobiert worden waren. Was hätte es denn auch sein sollen? Wieder mit immer weniger Menschen nach Bonn? Eine immer kürzere Kette mit immer längeren Bändern? Erneut Infowochen wie 1985, als die Presse die Bewegung schon totgesagt hatte? Dann doch lieber eine Köpfezählaktion im neuen Kleid. So betrachtet stimmte die Überlegung: Mit 180 000 kamen fast doppelt so viele, wie Optimisten erwartet hatten.

Die Aufforderung aus dem Aufruf: „Informiert euch über und unterstützt die Aktionen Zivilen Ungehorsams“ fiel allerdings ins Wasser: Einige Christenfunktionäre (mit SPD-Parteibuch!) hatten den Bruch des Bündnisses und die öffentliche Distanzierung von der Demonstration für den Fall angekündigt, dass es im Zusammenhang damit zu Zivilem Ungehorsam kommen sollte. Sie zettelten zu diesem Zweck ohne jeden konkreten Anlass eine gegen die aktionsorientierten Gruppen gerichtete Gewaltdiskussion an, wie wir das schon aus der Fulda-Aktion von 1984 kennen und wie es fast gleichzeitig von anderer Seite (Petra Kelly, Gert Bastian) gegen die nach dem GAU von

Tschernobyl im April 86 wiedererstarke Anti-AKW-Bewegung geschah.

Das Dilemma der Friedensbewegung war offenbar, dass es zwar nach wie vor eine Vielzahl von Gruppen gab, die aktiv waren; es kamen auch laufend neue Leute hinzu, die rein zahlenmäßig die ausscheidenden fast ersetzen konnten. (Bei einem lokalen „Friedensratschlag“ in Bonn Ende 1986 waren weit über die Hälfte der Anwesenden erst nach dem Herbst 83 in eine Gruppe gegangen; ähnliches weiß ich aus anderen Städten.) Aber bundesweit war „die Luft raus“. Es gab keine zusammenfassende inhaltliche Orientierung mehr (die „5 Kölner Punkte“ leisteten das nicht und wurden mehrfach ergänzt und überarbeitet) und auch keine für alle überzeugenden Aktionsziele. Das Problem war nicht dadurch lösbar, dass die Aktionsideen von BUF mit den Aktionsformen des „traditionellen“ Teils der Bewegung und den Friedlichkeitsvorstellungen der christlichen Gruppen verbunden wurden. So fand sich in den gemeinsamen Aktionen und Aussagen niemand mehr richtig wieder.

Dieses Dilemma wurde dadurch verstärkt, dass durch immer neue Vorschläge des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow Bewegung in die offizielle Abrüstungsdebatte zu kommen schien. Ein erster Gipfel mit US-Präsident Reagan in Reykjavik im Herbst 86 platzte zwar, aber es schien vielen so, als könne mensch die „große“ Abrüstung den Großen überlassen und müsse sich nur noch um den „Dreck vor der eigenen Tür“ kümmern. Als Gorbatschow dann anbot, alle die Systeme zu verschrotten, gegen die weiland die „Nach“rüstung der Nato angeblich gerichtet war, ergab sich eine völlig neue Situation:

Genau genommen hatte der Stationierungsbeschluss von 1983 in der Logik seiner Befürworter seine Funktion erfüllt. Aus Sicht der Bundesregierung und der USA galt es natürlich, die politische Konsequenz, dass nunmehr auch die „Nach“rüstung überflüssig sei, zu vermeiden und aus dem Diskussions- und Verhandlungsprozess noch mehr Vorteile rauszuholen. Deshalb konnte sie keinerlei Interesse an einer öffentlichen Debatte haben, die es umgekehrt für die Friedensbewegung schleunigst anzuzetteln galt.

Der Koordinierungsausschuss reagierte auch prompt. Von allen Fraktionen und Abgeordneten des Deutschen Bundestages forderte er, einen Beschluss folgenden Inhalts zu fassen: „Der Deutsche Bundestag sieht die Voraussetzungen zu Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles in der Bundesrepublik Deutschland als nicht mehr gegeben an. Er fordert deshalb die USA auf, bis zum 31.8.87 ein entsprechendes Abkommen mit der UdSSR zu schließen. In jedem Fall beginnt der Abzug der bereits stationierten Pershing II und Cruises Missiles aus der Bundesrepublik am 1.9.87.“ Da die Adressaten gar nicht daran dachten, das zu tun (selbst die Grünen wanden sich eine Weile), rief der KA für den 13.6. zu einer Demonstration nach Bonn auf. Um den Druck auf SPD und Grüne möglichst groß zu halten, wurde beschlossen, dass sie dort keine Selbstdarstellungsmöglichkeiten haben sollten: „Keine Redner von und für Parteien“ heißt es im KA-Beschluss. Nach entsprechenden Signalen aus der SPD-Führung kippte die KA-Mehrheit sang- und klanglos um: Petra Kelly und Hans-Jochen Vogel hielten vor gut 100 000 Menschen „Grußworte“ genannte Reden, ohne dass sie ausgepfiffen wurden. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie kommentierte völlig zutreffend, dass „landauf landab der Eindruck entstanden sein (muss), SPD und Grüne seien die wesentlichen Repräsentanten der Friedensbewegung“.

Das war nicht nur die letzte größere Aktion der Bewegung gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen gewesen, sie markierte auch das Ende der damals so genannten „neuen“ Friedensbewegung. Zwar gab es im Herbst 1988 noch einmal den Versuch, ein Aktionsbündel zu schnüren. Mit Böblingen (dort wurde die erste deutsch-französische Brigade als Einstieg in eine gemeinsame europäische Rüstung stationiert), Eschborn (dort hat das Bundesamt für Wirtschaft seinen Sitz, das zuständig ist für die Genehmigung von Rüstungsexporten), Hamburg (dort tagte zeitgleich die „Nordatlantische Versammlung“, ein Gremium von ParlamentarierInnen aus den Nato-Staaten) und Linnich (dort baute die Nato ihren neuen zentralen atomkriegssicheren Kommandobunker für Europa) wurden durchaus symbolträchtige Orte ausgewählt, und das Gesamtpaket erfasste tatsächlich die wichtigsten Bereiche der Kriegsplanung und -führung. Aber

die Beteiligung blieb mager und die Mobilisierung rein regional. Andreas Buro (Komitee für Grundrechte) fasste die Situation und ihre Konsequenzen so zusammen: „Lasst 1000 Projekte sich entfalten!“

1988/89: Hilflosigkeiten

Trotz der Einsicht, selbst nicht mehr viel bewegen zu können, versuchte der KA, auf anderen Wegen als mit Großaktionen aus der Defensive herauszukommen. Das erste dieser Projekte sollte die Motivationskrise der Friedensbewegung überwinden helfen. Es entstand in Ansätzen bereits im Laufe des Jahres 1987 und wurde im Frühjahr 88 als Papier unter dem Titel „Positive Alternativen der Friedensbewegung“ veröffentlicht. Statt „bloße(r) Negativabgrenzung von bestehenden Politikkonzepten“ wollte sie „die Utopie eines wirklichen Friedens“ „positiv selbst definieren“, schrieb die KA-Mehrheit. Sie hielt es für an der Zeit und möglich, diese „Alternative durchzusetzen“. Mir ist heute noch nicht klar, wer das angesichts des offenkundigen Bedeutungsschwundes der Friedensbewegung, die nicht einmal zu ihren Hochzeiten etwas verhindern, viel weniger durchsetzen, konnte, damals geglaubt haben kann. Es blieb eine reine „Gespensterdebatte“ (BUF) ohne jeden praktischen Wert und Nutzen.

Politisch gezielter, aber im Ergebnis ähnlich wirkungslos und ebenso von Selbstüberschätzung und Hilflosigkeit getragen war ein gegen die Bundesregierung gerichtetes Projekt: „Veto gegen neue atomare Aufrüstung“. Auf europäischer und Nato-Ebene waren damals eine Reihe weiterer Aufrüstungsprojekte in Planung und im Gange, die eine solche Orientierung inhaltlich allemal nahelegten. Der KA verkannte aber, dass es längst keine Bewegungsdynamik mehr gab, die kraftstrotzende Posen („Veto“) erlaubt hätte. Die Kampagne ging letztlich auf Umwegen und mit Brüchen in die Arbeit für eine „Bundesrepublik ohne Armee“ ein (s.u.).

Beide Ansätze hatten keine Vereinheitlichungswirkung mehr. Offensichtlich konnte der Koordinierungsausschuss nicht einmal mehr alle die Gruppen auf seine Diskussionsergebnisse orientieren, die ihm politisch und organisatorisch nahestanden. Zwar hatte er formal kaum Mitglieder verloren (wenn mensch mal von gelegentlichen Statuswechseln von „Mitglied“ in „Beobachter“ und zurück absieht); aber manche verfügten praktisch nicht mehr über eine reale Basis; viele hatten neue/alte Schwerpunkte gesetzt; nur noch wenige kamen zu den Sitzungen. Eine Konzentration auf gemeinsame bundesweite Großaktionen, die immer die Raison d'etre des KA gewesen waren, war weder möglich, noch wurde sie angestrebt. Die weiteren Themen und kleineren Aktionen des Jahres 1989 (April: Erklärung der Aktionskonferenz zum Nato-Jubiläum: „40 Jahre Nato haben uns abgeschreckt“; 10.6.: Demonstration anlässlich des Gorbatschow-Besuchs in Westberlin; Herbst: deutsch-sowjetische Friedenswoche) konnten daran erwartungsgemäß auch nichts mehr ändern. Der KA war zu einem reinen informellen Beratungskreis geworden. Dieser Zustand wurde Ende 1989 auch formal sanktioniert: der Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung wurde aufgelöst und ein „Netzwerk Friedenskooperative“ gegründet. Dieses sollte sich in Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen organisieren, wo jeweils diejenigen mitarbeiten, die das wollen und sich darauf verständigen können. Sie sollten ihre Arbeit politisch und finanziell in eigener Verantwortung planen und gestalten, wollten aber ein gemeinsames Büro, das „Friedensforum“ als Zeitschrift und minimale Informationsstrukturen erhalten. Dieses Modell funktioniert so bis heute.

1990: „1000 Projekte“ jenseits gesellschaftlichen Einflusses

Oft haben die bürgerlichen Medien aus Interesse, Unwissen oder Bequemlichkeit den KA und die von ihm organisierten Großaktionen mit „der Friedensbewegung“ gleichgesetzt, aber sein Ende war natürlich weder das Ende der (deutlich verkleinerten) Bewegung noch das jeglicher bundesweiter Koordination. Das kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden, wer einen genaueren Überblick haben will oder spezielle Fragen hat, kann das beim Netzwerk selbst klären (Römerstr. 88, 53111 Bonn). Ich beschränke mich an dieser Stelle auf diejenigen Absprachen und Kooperationen, die

innerhalb des Netzwerkes und seiner AGs entlang der herausragendsten Aspekte von Krieg und Frieden nach seiner Gründung aufgebaut wurden.

Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es auch außerhalb des Netzwerkes und in vielerlei Überschneidungen wichtige Bemühungen und Aktivitäten einzelner Strömungen, Organisationen und Bündnisse gab. Für nicht unerhebliches öffentliches Aufsehen sorgte immer wieder die „Soldaten sind Mörder“-Kampagne, in der die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG/VK) eine wichtige Rolle spielt. Die Aktivitäten des 1989 gegründeten Bundes für Soziale Verteidigung (BSV) gehören in diesen Zusammenhang ebenso wie die schon seit lange vor 1979 durchgeführten (vor allem) kirchlichen Friedenswochen, die Kampagnen gegen Rüstungsexporte und manche anderen.

Die Friedensbewegung in der Schweiz hatte sich in den 80er-Jahren im Wesentlichen in der Kampagne „Für eine Schweiz ohne Armee“ engagiert. Nach ihrem Vorbild wurde im März 1990 eine Kampagne „Für eine Bundesrepublik ohne Armee“ (BoA) als AG im Netzwerk ins Leben gerufen. Damals gab es noch eine leise Hoffnung, dass ein Impuls für ein waffenloses Zusammenleben in Europa von einer veränderten DDR ausgehen könne. Die inhaltlichen Wurzeln der Kampagne in der Diskussionen der 80er-Jahre um Kriegsführungskonzepte und konventionelle Aufrüstung sind unschwer sichtbar. In den Ostermärschen des Jahres 1990 gab es weitgehend unabgesprochen fast überall eine Orientierung in diese Richtung. Die Forderung wurde zwar in der Folge alles andere als populär, aber sie stellte die klarste Form einer Kritik des Militär dar, die davon ausgeht, dass keine Soldaten braucht, wer nicht bedroht wird, es sei denn, er wolle jemanden angreifen.

Genau davon, dass die Ermöglichung dessen Sinn und Zweck neuerer deutscher Rüstung ist, ging eine andere Arbeitsgruppe des Netzwerkes aus. Spätestens seit 1990 war erkennbar, dass Macht international wieder deutlicher militärisch buchstabiert werden würde. In Abwandlung eines Strauß-Wortes würde es also in Zukunft nicht mehr ausreichen, ein wirtschaftlicher und politischer Riese, aber ein militärischer Zwerg zu sein, wenn die BRD im Konzert der Großen mitspielen wollte. Die AG kommentierte: „In atemberaubendem Tempo stellen Regierungsparteien und SPD-Führung die Weichen für eine Grundgesetzänderung“ zwecks deutscher Militäreinsätze außerhalb des (inzwischen früheren!) Nato-Zuständigkeitsbereichs, also „out of area“, wie das Fachwort heißt, das der AG ihren Namen gab. Wie wir heute wissen, ging das mit der Grundgesetzänderung dann immer noch zu langsam, und sie behelfen sich mit einem einfachen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Trotz vielfältigster Anstrengungen hat es die Kampagne nicht geschafft, diese Entwicklung zu stoppen und die Bildung eines neuen, öffentlich verkündeten Konsenses zu verhindern, der besagt, dass Frieden „erzwungen“, „durchgesetzt“, „gesichert“ usw. werden muss.

dass dies nur eine interessierte Fiktion, ein Konsens der herrschenden Meinung, also der Herrschenden, war, zeigte sich unübersehbar an der nach wie vor steigenden Zahl von Kriegsdienstverweigerern. Schon seit der Wiederbewaffnung haben Organisationen aus der Friedensbewegung KDV-Arbeit geleistet. Hier gab es von Anfang an enge Berührungspunkte zwischen Teilen der alten und den linken Strömungen der neuen Friedensbewegung. Das Thema wurde brisant, als am 17.12.1983 eine Anzahl von Schriftstellern und anderen Prominenten in der "Heilbronner Begegnung" unter der Überschrift „Wehrt Euch“ „zur Verweigerung eines nach unserer Überzeugung verfassungswidrigen Kriegsdienstes“ aufriefen. Sofort schlug ihnen übelste Hetze bis hin zur Strafanzeige entgegen, und einige wurden auch ein wenig wackelig; das schöne Wort von der "Wehrkraftzersetzung" jedenfalls nahm Günter Grass als Missverständnis leider zurück. Trotzdem: öffentliche Wehrpassvernichtung bekam eine Weile lang Konjunktur, Borcherts „Sag nein“ wurde überall zitiert, Verweigerungsforderungen wurden zentrales Element der Kampagne gegen den Zivildienst. Der Aufruf zur Verweigerung der Kriegsdienste begleitet die Friedensbewegung die ganze Zeit, auch wenn er oft recht stiefmütterlich behandelt wurde.

In diesen Zusammenhang gehörte natürlich auch die totale Verweigerung von Militär- und Ersatzdienst, auch wenn sie manchem „herkömmlichen“ KDVer etwas suspekt war. Seit 1991 entwickelte sich auch eine Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht. Ihre zunehmende Stärke könnte diese Forderung vielleicht zur überhaupt ersten machen, die die Friedensbewegung durchsetzen konnte. Dabei kam ihr ein Ereignis zu Hilfe, das erheblich dazu beigetragen hat, das Thema auch zu einem Anliegen mancher Nicht-Wehrpflichtiger zu machen und das in vielerlei Hinsicht überhaupt neue Bedingungen der Friedensarbeit schuf: Vor dem und während des 2. Golfkrieges versteckten sich einige desertierte US-Soldaten bei deutschen Friedensbewegten.

1990/91: Bewegung gegen den Golfkrieg

Die Bewegung gegen den 2. Golfkrieg hatte ihre Massenbasis weitestgehend außerhalb der herkömmlichen („neuen“ oder „alten“) Friedensbewegung. Viele z.T. sehr junge Leute – vom Alter her die Generation der Kinder der AktivistInnen vom Beginn der 80er-Jahre – trugen den spontanen Protest in ihre Schulen, Universitäten und wieder raus auf die Straße. Aber sie schufen sich kaum irgendwo Strukturen, beteiligten sich wenig bis gar nicht an öffentlichen Debatten, waren manchmal nicht mal als RednerInnen für örtliche Aktionen zu haben und verschwanden als Bewegung ebenso schnell wieder, wie sie aufgetaucht waren. Sie waren es, die so etwas wie Alltagswiderstand entwickelten, sie überwiegend produzierten den Eindruck, die deutsche Öffentlichkeit lehne den Krieg ab.

Aber sie taten das erst, als die „Logik des Krieges“, von der Francois Mitterand gesprochen hatte, längst in Gang gesetzt war. Auch in der organisierten Friedensbewegung herrschte lange Zeit Lähmung. Ich hatte im September im „AK“, der Zeitung des Kommunistischen Bundes, ein bedingungsloses „Nein“ zum geplanten Krieg der Nato gefordert, andere hatten die schwierige Lage der PLO dargestellt, aber auch die Israels; die Rolle der Bundeswehr in dem Konflikt wurde untersucht und die sich abzeichnende Befürwortung des Krieges durch die deutsche Linke scharf kritisiert. Dieses Artikelpaket wurde noch im Oktober im „Friedensforum“ zu einem „Aufschrei gegen den 'Neuen Akt des US-Imperialismus' und Parteinahme für den Irak“ umgelogen. Im selben Heft findet sich neben einer ablehnenden auch noch eine Pro-Kriegs-Position, in der interessanterweise ein Vertreter der Grünen dazu aufruft, dass auch die BRD den Krieg „logistisch und materiell mit allen Mitteln“ unterstützen müsse.

Die Dinge und die Köpfe haben sich dann schnell geklärt. Überall haben existierende Friedensgruppen Aktionen begonnen. Viele lokale Demonstrationen wurden organisiert, Mahnwachen initiiert, Komitees gegründet, Tag-X-Planungen entwickelt. Absolut gesehen blieb das alles klein. Für die vorhandenen Kräfte und ihre Belastung (dazu nochmals weiter unten) war es viel und eine deutliche, lange nicht mehr erreichte Konzentration aller auf ein Thema. Im Friedensforum wurde zu Aktionen aufgerufen, Beispiele bekanntgemacht, eine Kontaktadresse für desertionswillige US-Soldaten veröffentlicht. Eine AG des Netzwerkes organisierte am 24.11. in Bonn eine erste überregionale Demonstration, an der 6-8 000 Menschen teilnahmen; am 26.1.1991 kamen 150 000. Und das waren dann kaum SchülerInnen, sondern „alte“ Friedensbewegung – ich hatte seit ewig nicht mehr so viele Bekannte getroffen; es war, als hätten alle ehemaligen AktivistInnen noch einmal eine „Pflicht“ erfüllt. Danach verschwanden sie ebenso wie die Bewegung der Kids. Es war ihre letzte Großaktion, und sie war nicht nur rein „moralisch“, entwickelte keinen politischen Druck auf die Bundesregierung, sie fand auch erst statt, als das Kind schon im Brunnen, der Krieg schon im Gange war.

Die organisierte Friedensbewegung hat also keinesfalls den Golfkrieg verschlafen, wie es manchmal von interessierter Seite heißt, aber es ist etwas viel Schlimmeres passiert: Der Golfkrieg war der Katalysator dafür, dass viele ehemals Friedensbewegte „heim ins Reich“ fanden, zurück in den großen Konsens deutscher Interessen, die seither auch den Krieg als Mittel zu ihrer Durchsetzung einschließen. Dieser Differenzierungsprozess war schmerzlich und eine Weile lähmend, er schuf Misstrauen und Angst. Aber er war keineswegs bruchlos und geradlinig: Manche, die wie KriegsbefürworterInnen aussahen, standen später doch auf unserer Seite, und manche, die

am Golf noch „nein“ sagten, sagten später, in Jugoslawien, „ja“. Der Krieg jedenfalls war zurückgekommen nach Europa. Friedenspolitik, Friedensarbeit ist seither Arbeit gegen den real existierenden Krieg.

Ehe ich darauf näher eingehe, bleibt anzumerken, dass es im Netzwerk Friedenskooperative seit Saddam Husseins Überfall auf Südkurdistan eine deutliche Intensivierung der Kurdistanarbeit gibt. Das tröstet zwar nicht über die Kriegsfolgen dort oder für die Friedensbewegung hier hinweg, ist aber notwendig und richtig.

1991 - 1993: Der Krieg als der Vater aller Dinge

War gegen den 2. Golfkrieg noch so etwas wie eine „ganz neue“ Friedensbewegung entstanden und war die „alte neue“ zwar spät, aber immerhin doch noch zu einer Massenaktion in der Lage gewesen, so war von beidem im Zusammenhang Jugoslawien/Bosnien nichts zu merken. Dafür gab es eine Vielzahl von Gründen, denen ich hier gar nicht genauer nachgehen will. Dazu bedürfte es einer eigenen Arbeit mit ganz anderen Recherchen. Aber es gibt einen offenkundigen Unterschied im Zusammenhang beider Kriege, der dabei sicher eine erhebliche Rolle gespielt hat und deshalb hier erwähnt werden muss:

Im Falle des 2. Golfkrieges hat die veröffentlichte Meinung in der BRD zwar von Anfang an massiv und durchaus rassistisch gefärbt Partei gegen den Irak und speziell gegen Saddam Hussein ergriffen (s. Beitrag dazu in diesem Buch), aber sie hat erst sehr spät eine offene, unzweideutige Position für den Krieg eingenommen. Hatte das etwas damit zu tun, dass die Bundesregierung gar kein Interesse hatte, das allzu rasch zu vereinheitlichen? Ging es ihr letztlich zu schnell, wie das militärische Element im internationalen Machtspiel zunahm? Gab es auch ihrerseits ein sorgsam verheimlichtes Interesse an einer sichtbaren Antikriegsbewegung, auf die sie international zwecks Erklärung ihrer Haltung verweisen konnte? So wie sie dann ja umgekehrt auf die internationale Kritik an ihrer „Zögerlichkeit“ verwies, um nach innen ihre eigene Kriegsführungsfähigkeit leichter und schneller herstellen zu können!

Im Falle Jugoslawien war immer alles klar, die „Guten“ und die „Bösen“ standen von Anfang an fest. Antiserbische Hetze war Alltagskost in Politikerstatements und Medien. Wer differenzieren wollte, wer verstehen wollte, wie kompliziert die Widersprüche wirklich waren, wer einfache Lösungen wie „Selbstbestimmung“ für „Kroatien“ oder „Bosnien“ ablehnte und fragte, wer genau sich gegen oder ohne oder mit wem genau selbst bestimmen sollte, wer gar wissen wollte, welchem emanzipativen Zweck diese Selbstbestimmung denn dienen sollte, konnte all dies nur gegen eine vereinheitlichte öffentliche Meinung tun und gegen einen Wust von gezielten oder leichtfertig geglaubten und verbreiteten Falsch- und Halbinformationen.

Auch die damalige neue Friedensbewegung konnte nicht schon 1979, anlässlich des „Nach“rüstungsbeschlusses, Hunderttausende mobilisieren, sondern erst nach langer Aufklärungs- und Bewusstseinsarbeit und gründlicher politischer Debatte. Im Zusammenhang mit dem 2. Golfkrieg habe ich darauf hingewiesen, dass ebenfalls eine Klärungsphase nötig war, obwohl es in Deutschland erst relativ spät eine vereinheitlichte Desinformation gab. Die Reste der organisierten Friedensbewegung haben diese Phase im Fall Jugoslawien trotz größerer Schwierigkeiten viel schneller überwunden. Ich hatte manche Kontroverse mit AktivistInnen der Jugoslawienarbeit im Netzwerk darum, ob sie nicht manchmal eine viel zu unkritische Nähe zu manchen kroatischen oder noch häufiger moslemischen Kriegsparteien hatten. Aber es hat auf ihrer Seite immer ein Bemühen gegeben, ehrliche Informationen zu besorgen und weiterzugeben. Das kann sowohl in den Publikationen der einzelnen Organisationen wie auch im „Friedensforum“ nachgeprüft werden, und es ist mitten im Krieg schon viel. Es hat von Anfang an den Versuch gegeben, mit allen KriegsgegnerInnen in allen ehemaligen Landesteilen zusammenzuarbeiten. Das hat nicht immer geklappt, wurde aber gewollt und war manchmal auch den jeweiligen PartnerInnen dort nur schwer zu vermitteln. Es hat große Anstrengungen gegeben, Menschen in Konfliktbearbeitung und -schlichtung zu unterstützen und zu trainieren. Es hat konkrete Hilfskampagnen wie „Den Winter/Krieg überleben“ ebenso gegeben wie ein massives Bemühen um Flüchtlinge und

Deserteure hier.

Wer angesichts dessen sagt, die organisierte Friedensbewegung tue nichts gegen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, könnte eventuell nur schlecht informiert sein oder einfach nichts von den Schwierigkeiten einer solchen Arbeit verstehen. Wahrscheinlicher aber ist es, dass dahinter ein bestimmtes Interesse steht. Um das zu erklären, muss der Blick auf eine weitere Entwicklung in Deutschland gerichtet werden, die zeigt, wie die breit getragenen Friedens- und Friedlichkeitsvorstellungen der 80er-Jahre gesellschaftlich in die Defensive geraten sind.

Schon seit Mitte der 80er-Jahre gab es seitens der CDU/CSU immer wieder heftige Polemiken gegen die angeblich zu große Zahl von „Ausländern“ in der BRD. Sah das vor 1990 noch eher wie Sommertheater aus, weil die Polterei meist aus der 2. Reihe kam und oft ab Herbst deutlich leiser wurde, so änderte sich das im Zusammenhang mit der DDR-Angliederung rasch. Auch dazu gibt es in diesem Buch eigene Beiträge. Der sich zuspitzende Konflikt und dann der beginnende Krieg in Jugoslawien, der, wie wir gesehen haben, von Anfang an mit einer massiven Parteinahme der deutschen offiziellen und öffentlichen Meinung gegen eine Seite verbunden war, schuf eine spezielle Situation: wie sollte es mit antiserbischer Politik vereinbar sein, wenn Menschen, die als Opfer serbischer Aggression zu gelten hatten (also kroatische und bosnische Zivilisten, z.T. auch kroatisch/bosnische, aber allemal serbische Deserteure), hier keine Unterstützung, also auch Aufnahme, finden würden? Wie könnte andererseits die fremdenfeindliche Kampagne effektiv weiter betrieben werden, wenn Hunderttausende neu willkommen geheißen würden? Das Lavieren der staatliche Seite diesbezüglich interessiert hier nicht; Für die Friedensbewegung war klar, dass die Situation in Jugoslawien nicht nur ein Argument für Verweigerung und Desertion war, sondern erst recht eines für offene Grenzen. Wenn der rationale Kern des Konflikts (sowohl in Jugoslawien wie auch um die Aufnahme von Flüchtlingen hier) darin liegt, wer auf der reichen und wer auf der armen Seite der Mauern stehen wird, die die neue „Festung Europa“ vom Rest der Welt trennen, dann sind Gewalt und Krieg vorprogrammiert. Breschen in die Festungsmauern zu schlagen, sich bedingungslos gegen jede Fremdenfeindlichkeit zu stellen, war für die Friedensbewegung also nicht nur deshalb notwendig, weil sie Idealen von innergesellschaftlicher Friedlichkeit anhing. Sie musste es vor allem deshalb tun, weil es um das Zentrum ihres eigenen Selbstverständnisses, um Krieg und Frieden ging.

Friedensgruppen haben sich allerorten sehr früh in diesem Sinne engagiert; bereits 1989 begann im Friedensforum eine Auseinandersetzung mit dem neu aufkommenden deutschen Nationalismus. Lichterketten und anderes erweckten eine kurze Zeit lang den Eindruck, als entstände entlang dieser Frage eine neue Massenbewegung. Das war nicht so, und speziell während der Debatte um die Abschaffung des Asylrechts zeigte sich bitter, wie allein die traditionelle und die neue linksradikale Asylarbeit und die hoffnungslos überforderte Friedensbewegung letztendlich waren. Immerhin gab es schnell und relativ leicht eine Einigung darauf, dass der radikale Einschnitt in die demokratischen Rechte, den die Bundestagsmehrheit vornahm, zumindest einen deutlichen, radikalen Protest erforderte, wenn denn schon Widerstand schwierig und Verhinderung unmöglich waren. Und so entstand die Blockade der Bonner Bannmeile, die im Bündniskonsens zwar „Demonstration“ genannt wurde, weil nicht alle beteiligten Organisationen zu etwas Halblegalem aufrufen konnten oder wollten, über deren Charakter es aber nie einen Zweifel und auch keinen ernstlichen Dissens zwischen den Beteiligten gab. Wäre das eine oder andere in der Geschichte der Friedensbewegung wohl anders zu schreiben gewesen, wenn sie diese Übereinstimmung bezüglich der Radikalität von Aktionsformen und -inhalten schon erreicht gehabt hätte, als sie noch die Massen mobilisieren konnte?

Am 26. Mai 1993 kamen jedenfalls, nur oder immerhin, je nach Sichtweise, einige Tausend Menschen nach Bonn. Sie konnten erwartungsgemäß den Asylbeseitigungsbeschluss nicht verhindern. Aber sie zeigten, dass die Meinungen noch nicht vereinheitlicht sind und dass trotz zunehmender sozialer Kälte und trotz ihrer Machtlosigkeit noch eine Opposition existiert.

Die beiden letztgenannten Bereiche aktiver Friedensarbeit – realer Krieg etwa im ehemaligen

Jugoslawien und zunehmende Festungsmentalität und Fremdenfeindlichkeit im Inneren – können ab Anfang der 90er-Jahre durchaus als herausragende Tendenzen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung gesehen werden. Zwar gab es bis dahin keine offene Militarisierung innergesellschaftlicher Konflikte (und auch an die Stelle der direkten terroristischen rassistischen Gewalt ist nach dem hier untersuchten Zeitraum seit Mitte 1993 stärker wieder die systematisch-kleinkrämerische Schikane und die bürokratische Verwaltung der Fremdenfeindlichkeit getreten), aber über die vorgebliche „Notwendigkeit“ von Kontrolle, Fernhalten, Regulierung, Auswahl, Begrenzung und wie die Unwörter sonst noch heißen mögen bestand eine breite Zustimmung. Zwar führten deutsche Soldaten 1993 noch nirgendwo Krieg (und tun das auch jetzt, während ich dies schreibe, noch nicht, aber das ist eher zufällig, sitzen sie doch mit Kampfeinheiten mitten im Konflikt), aber der Konsens, dass man manchmal „Frieden schaffen“ könne nur „mit Waffen“, reichte bis weit in die ehemalige Friedensbewegung hinein.

Diese Situation machte es für die verbliebenen Gruppen unmöglich, neue Kraft zu schöpfen und einen neuen strategischen Ansatzpunkt zu gewinnen. Es gab zu viele Konfliktbereiche, die gleichbedeutend schienen und deren wichtigste durchaus angepackt wurden: Kein Krieg außerhalb der Landesverteidigung, Wehrpflicht und Verweigerung, Abschaffung der Armee, Kurdistan, Jugoslawien/Bosnien, Fremdenhass waren keine zufälligen Themen und bewiesen, dass es auch ohne regelmäßige Koordination nach wie vor eine Fähigkeit gab, zentrale Aspekte unfriedlicher Entwicklungen wahrzunehmen und anzugehen. Aber es fehlte nicht nur die aktionsorientierte Zusammenfassung und Popularisierung, es fehlte vor allem die inhaltliche Klammer, die all die Themen schlüssig in sich verband und eine zugespitzte politische und praktische Orientierung erst ermöglicht hätte.

Die Suche nach einer solchen inhaltlichen Klammer hätte verlangt, den Blick auf den Zweck von Abschottung und Militarisierung zu richten, auf den Nutzen, der daraus zu ziehen war und darauf, wer diesen Nutzen hatte. Es ging in der gesamten hier betrachteten Zeit (und zwar schon seit dem „Nach“rüstungsbeschluss von 1979) der staatlichen Seite nie nur darum, die UdSSR in die Defensive zu drängen, später als Weltmacht oder gar in ihrer ganzen Existenz zu vernichten (mensch erinnert sich an Reagans „Reich des Bösen“). Das war zweifellos das gemeinsame Ziel des Westens und damit auch der Bundesregierungen. Aber die BRD verfolgte jenseits dieses Konsenses gleichzeitig und gleichrangig auch die Absicht, die Kräfteverhältnisse innerhalb der Nato zu verändern. Darin war sie äußerst erfolgreich, wie noch genauer darzulegen sein wird. Sie war der Staat, der 1993 gegenüber 1983 (oder 1979) im internationalen Vergleich am meisten Macht dazugewonnen hatte. Seine politisch-formale Anerkennung fand dieser Erfolg in der Aussage des damaligen US-Präsidenten Bush vor dem 2. Golfkrieg, dass in der Neuen Weltordnung die USA und Deutschland „partners in leadership“ sein sollten.

Diese Entwicklung, dieses Großmachtinteresse Deutschlands war in der Friedensbewegung meist kaum beachtet, oft abgestritten, manchmal sogar ausdrücklich gefördert worden. Um das zu verstehen und zu verdeutlichen, ist ein Blick auf das Verhältnis der Friedensbewegung zum Staat notwendig.

3. Die Friedensbewegung und der (deutsche) Staat

Es wäre eine Aufgabe, die meine Möglichkeiten im Rahmen dieses Beitrages bei weitem übersteigt, eine genaue, gut belegte und ausdifferenzierte Darlegung über das Verhältnis der neuen Friedensbewegung zum Staat anzubieten. Schon allein die Gegenstände dieser Untersuchung („Friedensbewegung“ bzw. „Staat“) sind kaum genau zu fassen. Wer gehörte wo und wie wozu, wenn bis 1982 (als die SPD noch regierte) hauptamtliche Funktionäre der SPD oder auch SPD-Mitglieder im Staatsdienst innerhalb von Friedensorganisationen führend an bundesweiten Aktionen gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen beteiligt waren? Es geht auch nicht

nur um die Berührungen zwischen Bewegung und Staat an einigen Punkten. „Die“ Friedensbewegung als ganze hat zum Staat erst mal nur ein Verhältnis in der Frage der „Nach“rüstung gehabt, aber keines z.B. zum staatlichen Gewaltmonopol. Ebenso brauchten ihre jeweiligen Gruppen und Organisationen das als Friedensgruppen auch gar nicht zu haben, selbst wenn sie es z.B. als Bürgerrechtsgruppen doch gehabt haben sollten. Trotzdem spielte gerade dieser Punkt für alle, die mit irgendeiner vielleicht nicht ganz legalen Aktion konfrontiert wurden, eine wesentliche Rolle, und alle Individuen hatten auch ein zumindest unausgesprochenes Verständnis davon.

Hier kann es nur darum gehen, einige Aspekte des Gesamtkomplexes kurz anzureißen, soweit sie mit dem Verhalten von Gruppen und Personen in der Friedensbewegung gegenüber dem Staat und der staatlich verantworteten Rüstungs- und Außenpolitik zu tun haben. Denn zweifellos waren Friedensbewegung und Staat, wie immer sie denn genau abzugrenzen und zu definieren wären, im Konflikt um die Nato-„Nach“rüstung Opponenten: Die eine wollte, dass der andere etwas tut, bzw. unterlässt, und dieser wollte, dass jene sich damit nicht durchsetzen konnte. Hier fand also kein Verhältnis statt wie im Gemeinschaftskundeunterricht, wo der Staat schaut, welche Bedürfnisse seine BürgerInnen haben und sie dann aufnimmt. Wie nun FriedensaktivistInnen sich diesem ihnen entgegenstehenden Staat gegenüber begriffen haben, wie sie ihn verstanden, akzeptierten, ablehnten, verändern wollten, das bestimmte wesentlich ihre Einschätzung von Möglichkeiten, ihre Analyse von Gefahren und ihre Bereitschaft zu oder Ablehnung von Aktionen.

Dabei kann auch eine solche eingeschränkte Betrachtung hier nur skizzenhaft sein; sie wird manche notwendige Differenzierung zu schwach zeichnen und zusammenfassen müssen, um eher idealtypisch als wirklichkeitsgetreu ein Bild der verschiedenen Ansätze deutlich zu machen. Der Tatsache, dass selbst innerhalb fast jeder einzelnen Organisation der Friedensbewegung verschiedene und changierende Staatsverständnisse vorhanden waren, die je nach Thema, aktueller Lage und Bündnismöglichkeiten zu je anderen Ergebnissen führen konnten, wird versucht insoweit Rechnung zu tragen, dass die Darstellung einmal entlang von „Strömungen“ und einmal entlang von Themen erfolgt. In einem späteren Kapitel werde ich die Einflüsse verschiedener äußerer Ereignisse auf die Strömungen untersuchen und damit eine weitere Brechung eines allzu linearen Verständnisses aufzeigen.

Strömungen in der Friedensbewegung

Es ist bekannt, dass die Friedensbewegung keine einheitliche Bewegung war, dass aus vielen gesellschaftlichen Bereichen Gruppen zusammenarbeiteten, die z.T. extrem unterschiedliche persönliche Hintergründe, politische Interessen und gesellschaftliche Utopien mitbrachten. Der Koordinierungsausschuss hatte seit der Großdemonstration im Juni 1982 versucht, dem dadurch Rechnung zu tragen, dass er selbst entsprechend breit gefächert war und dass er seine laufende Arbeit einer „Geschäftsführung“ übertrug, in der unterschiedliche „Strömungen“ repräsentiert waren. Dabei waren gewöhnlich mehrere „Strömungskriterien“ übereinandergelegt: Es gab z.B. einen Konsens darüber, dass die im KA vertretenen Parteien (SPD, Grüne und DKP) in der Geschäftsführung repräsentiert, aber nicht direkt vertreten sein sollten. Also wurden „parteinahe“ Friedensgruppen gesucht oder „neutrale“, deren konkret mitarbeitende Person Parteimitglied war. Das „offizielle“ Strömungskriterium hieß dann je nach bedarf anders. „Christliche“ Friedensgruppen wurde wie eine eigene Strömung behandelt, sofern sie oder ihre Vertreter SPD-nah waren; waren sie das nicht, galten andere Überlegungen. Zumindest lange Zeit galten auch „Frauen“ als eigene „Strömung“, überhaupt spielten Arbeitsbereiche und größere Bündniszusammenhänge in der Bewegung ebenfalls eine Rolle. Lediglich der linke/unabhängige Teil war die meiste Zeit direkt vertreten.

Diese Überlegungen spiegelten einen inneren Proporz, der tatsächliche Bedeutung in der Friedensbewegung ebenso berücksichtigte wie gewollte Bündnisbreite. Sie stellen aber nur am Rand eine Antwort auf die hier anstehende Frage nach dem Verhältnis zum Staat als dem Opponenten der Bewegung dar (insofern die verschiedenen Staatsverständnisse meist auch in der

Geschäftsführung vertreten waren). Eine Antwort darauf muss quer zu dem meisten Organisationen und manchmal auch den „Strömungen“ im obigen Sinne gesucht werden. Dabei müssen an heutige Verhältnisse gewöhnte LeserInnen sich vergegenwärtigen, dass damals eine Welt mit zwei Blöcken existierte, die einander und damit sich je selbst die vollständige militärische Vernichtung anzudrohen in der Lage waren. Das Verständnis dieses Gegensatzes, des Eingebundenseins der BRD in den einen Block und die Wahrnehmung des anderen und speziell der Sowjetunion als seiner Führungsmacht bestimmte zu nicht unwesentlichen Teilen auch das Verhältnis zum konkreten BRD-Staat. Sehr grob könnten vier Strömungen unterschieden werden.

Bei der großen Zahl der UnterstützerInnen der Friedensbewegung vermutlich mehrheitsfähig und auch bei den AktivistInnen weit verbreitet war eine Sicht der BRD als prinzipiell demokratischer Staat. Es gab daran vieles zu kritisieren, manches, z.T. Gravierendes, schien dringend verbesserungsbedürftig, und grundsätzlich wurden die Möglichkeiten dazu für gegeben erachtet. Das Grundgesetz und die demokratischen Institutionen wurden bejaht, auch wenn sie durch vielerlei Neues zu ergänzen sein würden. Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ könnte das Denken dieser Strömung gut zusammenfassen.

Sie akzeptierte aus mehr oder weniger grundsätzlichen oder aktuellen weltpolitischen Gründen im Prinzip ein Recht der BRD auf Verteidigung, stellte Bundeswehr und Nato nicht generell in Frage. Sie verstand die Aufrüstungsstrategie als illegitim und schädlich und hielt sie ganz überwiegend für ein Instrument der US-Interessen, das auch gegen Westeuropa und die BRD gerichtet sei. Sie sah die UdSSR als bedrohlich und bedroht zugleich an und war deshalb überzeugt, mit ihr in „Sicherheitspartnerschaft“ leben zu können. In diesem Sinne sei das europäische Interesse dem der SU näher als das der USA, deshalb sei das europäische Element innerhalb der Nato zu stärken. Dabei gab sie die grundsätzliche Forderung nach Systemveränderung im Osten nicht auf, wollte dazu aber jedes militärische Mittel ausschließen.

Zur Durchsetzung ihrer Anliegen setzte diese Strömung auf die demokratische Kultur unserer Gesellschaft. Die Erlangung von Mehrheiten galt ihr als zentral. Auf die Dauer würde gegen gesellschaftliche Mehrheiten nicht anregiert werden können. Die Probe aufs Exempel blieb ihr erspart, weil die SPD, in der sie stark vertreten war, im Herbst 1982 aus der Regierung flog und die CDU aus ihrem Wahlsieg vom Frühjahr 1983 ein Mandat für die Raketenstationierung ableitete - trotz breitester Mehrheit für die Forderungen der Friedensbewegung in Meinungsumfragen.

Oft nur im Detail unterschieden, im Ganzen aber anders akzentuiert war eine zweite Position, die bei den AktivistInnen der Friedensgruppen sehr weit verbreitet war, obwohl sie polemisch immer nur mit einer Partei (der DKP) und einem Bündnisbereich (dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit – KoFAZ) in Zusammenhang gebracht wurde. Sie kritisierte die Bundesrepublik als eine erstarrte, vielfach rein formale Demokratie, in der die großen Konzerne und Banken ihre Interessen allzu leicht durchsetzen könnten. Im Prinzip sei das Grundgesetz geeignet, um darauf eine echte Demokratie zu gründen, aber die „antimonopolistische“ Demokratie müsste tatsächlich erst erkämpft werden.

Außenpolitisch sei es müßig, über Systemfragen zu diskutieren (obwohl vor allem die KommunistInnen in dieser Strömung da sehr wohl eine Meinung zu hatten). Beide Blöcke könnten und müssten miteinander in Frieden leben. Diese „friedliche Koexistenz“ verlange zwar strikteste Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, schließe aber eine friedliche Konkurrenz der Gesellschaftssysteme nicht aus. Die Koexistenz der Blöcke könne und sollte ganz ohne Massenvernichtungswaffen geschehen, auch wenn der eine aktuell durch die Konfrontationspolitik des anderen gezwungen sei, sie zu behalten. Abrüstung sei insofern ebenso das Interesse der sozialistischen Staaten wie aller friedliebenden Menschen im Westen und überall auf der Welt. Weil die BRD und die DDR als ganze militärisch bedroht seien und einen Krieg nicht überleben würden, könnten und müssten auch alle Deutschen ein Abrüstungsinteresse haben. Dieses Anliegen, das objektiv zum Nutzen aller sei, müsse aber gegen eine kleine Schicht durchgesetzt werden, die an der Rüstung verdiene und damit ihre Macht sichere. Gegen deren irrationales

Agieren müsse eine Zusammenarbeit aller Vernünftigen den Frieden sichern. Im Prinzip sind wir also sowieso schon die Mehrheit, es wissen nur noch nicht alle!

Eine dritte Position betonte den Herrschaftscharakter dieses Staates. Klaus Vack und Wolf-Dieter Narr beschrieben sie so: „Die herrschende Politik besteht vor allem in dem Versuch, die Art und Weise, in der die Bürgerinnen und Bürger die Wirklichkeit erfahren, zu bestimmen. Sie besteht in dem Versuch, unsere Köpfe zu beherrschen und unsere Bedürfnisse herrschaftsdienlich zu gestalten.“ (Komitee für Grundrecht und Demokratie, Jahrbuch '83, Seite 148) Dagegen ist das eigenständige und selbstbewusste Auftreten der Menschen gefordert. Je nach dem betonten die VertreterInnen dieser Strömung die Unverzichtbarkeit von Gewaltfreiheit, Menschenrechten, prinzipiellem Antimilitarismus, Überwindung der Blockkonfrontation ganz besonders, die ihnen aber allen ein Anliegen waren. Die Verbindung von Herrschaft, Unfrieden und Rüstung mit wirtschaftlichen Interessen wurde gesehen, wenn auch unterschiedlich stark gewichtet.

Im zwischenstaatlichen Verhältnis muss ebenfalls grundsätzlich Gewaltfreiheit herrschen: „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Das gilt auch für diesen Krieg“, formulierte der Bund für soziale Verteidigung während des 2. Golfkrieges. In dieser Sicht gibt es kaum ein Problem, das durch Krieg nicht noch verschlimmert würde. Abrüstung war für diese Strömung eine selbstverständliche Forderung. Sie richtete diese zwar grundsätzlich an beide Blöcke, weil an jeden Staat, schaute dabei aber weitgehend nicht so sehr auf irgendwelche Ausgewogenheiten. Obwohl die treibende Rolle der Nato im Aufrüstungsprozess der 80er-Jahre gesehen und kritisiert wurde, kam es doch zu Vorschlägen wie dem, nach dem Stationierungsbeschluss des Deutschen Bundestages müsse nunmehr von der Sowjetunion verlangt werden, mit der eigenen Abrüstung zu beginnen, um eine Dynamik in Gang zu setzen. So skurril das damals anmutete, geschah in der 2.Hälfte der 80er-Jahre ja so etwas Ähnliches.

Diese Strömung war sicherlich die in sich differenzierteste mit höchst unterschiedlichen Bündnis- und Traditionszusammenhängen. Stark vertreten waren christliche, bürgerrechtliche, anarchistische Gruppen und auch Mitglieder der Grünen. Für sie stand durchgängig die Verantwortung der Einzelnen im Vordergrund.

Wegen ihrer von starker persönlicher Überzeugung getragenen Ausstrahlung – und vielleicht auch wegen ihrer manchmal recht eingängigen Formulierungen – wurde sie verhältnismäßig häufig „kopiert“, machten Menschen einfach Anleihen bei ihr. All das führte dazu, dass sie am wenigsten von allen mit einer geschlossenen Strategie zur Durchsetzung ihrer Forderungen beschrieben werden kann. Einheit von Methode und Ziel, langer Atem, Gründlichkeit und Genauigkeit im Denken und Handeln waren ihr oft wichtiger als kurzfristige Erfolge. Selbst wenn solche erzielt würden, könnten sie nur durch das dauernde Engagement der Menschen gegen den Herrschaftsanspruch des Staates gesichert werden.

Den Herrschaftscharakter des Staates schließlich betonte auch eine vierte Strömung, legte dabei aber ein weitaus stärkeres Gewicht auf die wirtschaftliche Seite. Die BRD wurde als kapitalistischer Staat begriffen. Kapital aber könne nur überleben, wenn es wachse. Zur Sicherung seines Wachstums, also des Profits, werde es immer auch gewaltsame Wege gehen, wenn es diese für erfolgversprechend oder notwendig halte. Krieg sei also eine Tendenz, die im Wesen des kapitalistischen Staates angelegt sei. Sie könne und müsse durchaus auch punktuell angegriffen und bekämpft, aber nie gebannt werden, solange der Kapitalismus existiere. Deshalb sei es auch falsch, auf die staatlichen Institutionen zu vertrauen. Auch die Demokratie hebe Herrschaftscharakter und Aggressivität nicht auf. Im Bedarfsfall würden auch demokratische Regeln und rechtliche Garantien gegen KritikerInnen außer Kraft gesetzt. Viele Angehörige dieser Strömung, die überwiegend aus den verschiedenen Traditionen der „Neuen Linken“ kamen, hatten einschlägige Erfahrungen mit dem BRD-Staat gemacht.

Die Nato verstanden sie als das Instrument, mit dem die wichtigsten kapitalistischen Staaten ihre Kriegsführungsfähigkeit sicherten und stärkten, bzw. gegenüber der Sowjetunion erst wieder herstellen wollten. Mit ihr könne es deshalb keinen Frieden geben. Das war innenpolitisch (wir

dürfen keine Ruhe geben, solange es die Nato gibt) wie außenpolitisch (die Nato wird mit niemandem in friedlicher Koexistenz leben) zu verstehen. Das Anerkenntnis seitens der UdSSR, „dass die Nato prinzipiell friedensfähig sei, wurde von dieser Strömung als ein schwerer Irrtum und folgenschwerer Rückschritt verstanden.

Engagement für den Frieden war für sie nur denkbar, wenn es zumindest eine Spitze gegen die Aggressivität des BRD-Staates hatte. Nato und Bundesregierung dahin zu manövrieren, dass sie ihre grundsätzliche Friedensunfähigkeit nicht mehr verbergen könnten, war wesentliches Ziel jeder Aktivität. Mensch ging davon aus, dass jeder Erfolg schwer erkämpft werden müsste, dazu würde mehr als Meinungsmehrheiten, Großdemonstrationen und symbolische Aktionen notwendig sein. Trotzdem wurden diese dann begrüßt und unterstützt, wenn sie ein Schritt „vom Protest zu Widerstand“ sein könnten. Dabei legten viele Wert darauf, sich nicht von vorneherein durch eine Festlegung auf nur gewaltfreie Mittel zu binden, sondern die Widerstandsformen je konkret zu bestimmen.

Obwohl die Darstellung hier wie eine lineare von „linksliberal“ bis „linksradikal“ aussieht, wäre ein solches Verständnis falsch. Es gab zwischen allen diesen Strömungen direkte Verbindungen, Überschneidungen, Übereinstimmungen. Ich kenne einige Leute, die vermutlich in der Beschreibung einer jeden einen Teil von sich selbst gefunden haben. Natürlich waren sich „Sicherheitspartnerschaft“ und „friedliche Koexistenz“ näher als jede von ihnen den „Antikapitalisten“. Aber viele reale Aktionsabsprachen oder Stellungnahmen, manche Bündiskonstellationen in Konflikten zeigten, dass es auch zwischen ersteren und letzteren direkte Wege gab. Das lag natürlich ganz wesentlich daran, dass nicht nur die „Antimilitaristen“ intern stark differenziert waren, sondern letztlich alle, auch wenn im KA KoFAZ und BUF „ihre“ Strömungen für eine Weile relativ vereinheitlichen konnten.

Ich glaube nicht, dass es diese Bündnisbreite und interne Kooperationsfähigkeit in wechselnder Zusammensetzung jemals sonst in der BRD gegeben hat. Darin lag im Grunde genommen eine Chance für uns und eine Gefahr für den Staat. Der agierte gegenüber der Bewegung letztlich äußerst geschickt, damit dieses Potenzial nicht zum Tragen kam. Naheliegender und zutreffend beschrieb der „AK“ den Herbst 1983 als „Abrüstung der Friedensbewegung durch den Staat“ (Nr. 246, 7.5.84, S.11 - 15). Dass ihm dies verhältnismäßig leicht gelang, hat nicht nur mit der unterschiedlichen Staatsnähe der Friedensgruppen zu tun, sondern auch mit der Materie selbst. Deshalb ist es notwendig, die Frage des Verhältnisses zum Staat auch entlang einiger inhaltlicher Diskussionen zu entwickeln, die im KA und zum Teil in der gesamten Bewegung geführt wurden.

Neue Themen nach dem Minimalkonsens

Der Entstehungskonsens der neuen Friedensbewegung, und zwar, anders als es spätere Polemiken darstellten, gerade auch ihrer grünen UnterstützerInnen, war gewesen: „Keine Pershing II und Cruises Missiles“. Seine Entstehungsgeschichte gehört nicht hierher, aber es ist wichtig, einen Blick auf die zwei Jahre zu werfen, die zwischen der Formulierung des ersten Protestes gegen den „Nach“rüstungsbeschluss der Nato am 12.12.1979 und der ersten Bonner Großdemonstration am 10.10.1981 liegen. Die spätere Massenmobilisierung wäre niemals denkbar gewesen, ohne dass in dieser Zeit von der traditionellen (und dann kontinuierlich auch von der neuen) Friedensbewegung unendlich viel gearbeitet worden wäre.

Mensch musste Militärstrategie lernen, um die Funktion der neuen Raketen zu verstehen; die Geschichte der „Abrüstungs“verhandlungen musste angeeignet werden, um Illusionen in diese Richtung abzubauen; es mussten „Raketen gezählt“ werden, um die wirklichen Potenziale vergleichen zu können und nicht auf Imponier- oder Propagandalügen der Aufrüster hereinzufallen – immerhin hatte auch die SPD-Regierung die Notwendigkeit der Pershing und Cruises mit einer angeblichen westlichen Unterlegenheit („Raketenlücke“, im Zusammenhang mit neuen strategischen Planungen sprach Reagan später von einem „Fenster der Verwundbarkeit“) begründet; Haushalte, Beschaffungspläne, Forschungsprojekte mussten studiert werden, um zukünftige

Entwicklungen absehen zu können. Hunderte, später Tausende von Menschen arbeiteten an solchen Fragen und schufen so nach und nach in der Bewegung eine Kompetenz, die es in der Frage der eurostrategischen Raketen mit jedem Offiziellen aufnehmen konnte. Sehr bald gingen die deshalb auch öffentlichen Diskussionen mit den AktivistInnen aus dem Weg, weil sie regelmäßig eine schlechte Figur machten, oft sogar rein sachlich deutlich schlechter informiert waren.

So erfolgreich also diese Anstrengungen waren, so kraft- und zeitaufwendig waren sie auch gewesen. Die Beschäftigung mit fast jeder anderen zentralen Rüstungsfrage hätte einen nicht geringeren Aufwand verlangt. Tatsächlich arbeiteten auch eine Reihe von FriedensexpertInnen an weiteren Themen, aber es war immer schon ein weiter Weg von den ExpertInnenköpfen ins Massenbewusstsein. Ihn zu gehen wird nicht leichter, wenn er vom Gegner zusätzlich bewusst vernebelt wird. Die in der Folge oft gegen die traditionelle Friedensbewegung gerichtete Kritik, sie habe sich nicht genügend um neue Themen gekümmert, war nicht selten auch Ausdruck einer leichtfertigen Unterschätzung all dieser Schwierigkeiten. Wie auch immer, nach dem November 83 konnte der alte Minimalkonsens nicht mehr einfach fortgeschrieben werden.

Am 23. März 1983 hatte US-Präsident Reagan seine „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) verkündet. Hatten seine früheren Rüstungsprojekte die Welt in Angst und Schrecken versetzt, weil sie doch der Eliminierung des „Reiches des Bösen“ dienen sollten, so kam dieser Vorstoß eher gut an. Die Aussicht auf die versprochene „unblutige Materialschlacht“ schien vielen durchaus attraktiv. Die hiesige Friedensbewegung nahm das natürlich zur Kenntnis, war aber vorläufig mit den Vorbereitungen für den Stationierungserbst beschäftigt. Währenddessen wurde der sogenannte Sternenkrieg propagandistisch immer mehr aufgebauscht, immer phantastischere Möglichkeiten wurden beschworen bis hin zu einer kompletten Schutzglocke gegen angreifende Atomwaffen über dem gesamten Westen.

Aus friedenspolitischer Sicht hätte die Verwirklichung solcher Modelle aber nicht nur bedeutet, dass der Westen nicht mehr, sondern umgekehrt auch, dass nur noch der Osten bedroht ist. Das hieß für dort höchste Kriegsgefahr, wenn mensch nicht der Nato reinste Friedensliebe unterstellen wollte. Eine genauere Betrachtung der Sache ergab rasch, dass der vollständige Schirm ein reines Hirngespinnst war. Aber warum wurde so viel Geld in ein Projekt gesteckt (der erste Ansatz sah 80 Milliarden US-\$ bis 1990 vor), wenn es zu nichts nütze sein sollte? Es musste also einen Sinn haben. Mensch wusste nicht nur um die Funktion der neuen Mittelstreckenraketen, es war auch bekannt, dass es neue interkontinentale, luft- und seegestützte Rüstungsprojekte gab. In diesen Rahmen wurde SDI von vielen eingeordnet: Es schien der US-Regierung darum zu gehen, soviel Erstschlagskapazität aufzubauen und mit einem minimalen Schutz durch ein löchriges SDI zu verbinden, dass sie die UdSSR angreifen könnte, ohne einen Gegenschlag auf ihr eigenes Territorium fürchten zu müssen („Enthauptungsschlag“).

Die eigenen vorgegebenen politischen Überzeugungen ließen diese Sicht für viele in der Friedensbewegung plausibel erscheinen. Positiv auf die UdSSR bezogene Kräfte teilten deren Sicherheitsängste; wer das Übergehen der Europäer durch die USA kritisierte, bekam nun einen überzeugenden Grund dafür geliefert, wäre doch Europa in diesem Modell schutzlos einem sowjetischen Gegenschlag ausgeliefert; wer bisher schon gegen das „Raketenzählen“ war, sah angesichts solcher Dimensionen eh keinen Sinn mehr in wie auch immer militärisch gestützten Sicherheitsstrategien; wer befürchtet hatte, die USA wollten tatsächlich einen Atomkrieg führen und nicht nur damit drohen, fühlte sich bestätigt.

Für die Bundesregierung war das optimal: Im Schatten von SDI plante sie in der Europäischen Gemeinschaft ein eigenes Weltraumprogramm unter dem Namen EUREKA; sie fing an, von legitimen Sicherheitsinteressen der UdSSR zu sprechen und diese zwecks deren Realisierung zur Abrüstung zu drängen. Damit begann ihre früher schon angestrebte Übernahme friedensbewegter Rhetorik für völlig andere Inhalte – „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ – (diese bewusste Sprachverwirrung begegnete immer wieder und blieb ein Markenzeichen der Kohl-Regierung auf allen Gebieten bis heute!) langsam zu greifen. Sie war nicht mehr nur der Opponent der Bewegung, sondern möglicherweise sogar das Objekt der Begierde für eine „Koalition der

Vernunft“.

Es hat vieler Anstrengungen bedurft, den Versuch zu verhindern, die ganze Friedensbewegung so gegen SDI festzulegen wie vorher gegen Pershing II und Cruises Missiles. Eine Menge Diskussionen waren notwendig, um zum Beispiel die Bedeutung des EUREKA-Programms (dem auch die SPD-Spitze weitgehend zugestimmt hatte) herauszuarbeiten. Das war, nebenbei bemerkt, eines der ersten und erfolgreichsten Beispiele für die enge inhaltliche und praktische Zusammenarbeit zwischen einzelnen Sozialdemokraten und den „Antikapitalisten“. In Teilen der „friedlichen Koexistenz“-Strömung wurde die im KA erzielte Einigung in der Einschätzung über lange Zeit nicht mitvollzogen und an einer Zuspitzung auf SDI festgehalten. Die reale militärische Bedeutung des SDI-Programms wurde zwar damals schon verschiedentlich herausgearbeitet, aber erst im 2. Golfkrieg wurde sie praktisch sichtbar, ohne dann allerdings noch als Ergebnis von SDI wahrgenommen zu werden. Es waren nämlich die Satellitensysteme installiert und die neuen Rechnergenerationen einschließlich Software entwickelt worden, die einen elektronischen Krieg überhaupt erst möglich machten. Und dieser Krieg wurde nicht mitten in Europa gegen die UdSSR sondern in der 3. Welt geführt. Das war genau das, was außer der antikapitalistischen Strömung der Friedensbewegung kaum jemand vom eigenen oder dem US-Staat erwartet hatte. Deshalb konnte der Aufbau dieser Kapazitäten fast ohne öffentliche Kritik vonstatten gehen.

Dabei wäre das notwendige Wissen nicht nur grundsätzlich verfügbar gewesen, es wurde auch in der Bewegung diskutiert. Schon Anfang der 80er-Jahre hatte sich die US-Armee auf eine neue Militärdoktrin namens „AirLandBattle and Corps 86“ (später erweitert auf „AirLandBattle 2000“) festgelegt, die in einer Reihe anderer Dokumente auch praktisch ausgeführt wurde. Dieses Konzept sah volle Kriegsführungsfähigkeit an allen Fronten vor. In ALB 2000 wurde unter dem Stichwort der „horizontalen Eskalation“ angestrebt, reale Konflikte in der 3. Welt sofort mit einer Kriegsdrohung in Europa zu verknüpfen. Im nach dem damaligen US-Verteidigungsminister benannten „Rogers-Plan“ wurde die Beschaffung der notwendigen konventionellen Waffensysteme für dieses Konzept geregelt (auch der „Rogers-Plan“ wurde der auf Atom pazifismus festgelegten Öffentlichkeit als eine Art Abrüstungsplan präsentiert). Der „Bundeswehrplan 1985-97“ war seine exakte bundesrepublikanische Ergänzung. Die heute weitgehend beendete operative Umstellung auf Schnelle Eingreiftruppen/Krisenreaktionskräfte war Bestandteil beider Pläne.

Linke und antimilitaristische Teile der Friedensbewegung hatten sich sehr früh mit diesen Planungen auseinandergesetzt und sie schon vor dem Herbst 1983 in die Diskussion gebracht. Die von ihnen daraus abgeleiteten Aktionsvorschläge für den Herbst 84 (Fulda, Mittelamerika) waren zwar vom KA und der Aktionskonferenz als Teil des Gesamtkompromisses akzeptiert, aber nicht in ihrer inhaltlichen Begründung nachvollzogen worden. Wie hätte, wer letztlich auf den demokratischen Charakter oder zumindest doch auf die Friedensfähigkeit dieses Staates vertraut, ihm auch gleichzeitig zutrauen können, dass er den Krieg nicht nur zwecks „Abschreckung“ einkalkuliert, sondern auch wirklich führen will! Auch die Prominenten-Einsprüche gegen die Manöverbehinderungen im Fulda-Gap müssen auf diesem Hintergrund gesehen werden – oder sollte gar nicht nur bei Oskar Lafontaine schon damals ein feines Gespür dafür dagewesen sein, dass bald der Tag kommen könnte, an dem deutsche Soldaten wieder deutsche Interessen überall auf der Welt schützen sollten und mensch sie deshalb besser nicht verärgert? Aber auch in dieser Frage liefen die Brüche nicht direkt entlang der Strömungen. Es gab vielfach Aufmerksamkeit bei eher staatsoptimistischen und durchaus Ignoranz bei staatskritischen Teilen der Bewegung.

Deutlicher schieden sich die Geister, wenn es darum ging, die allgemeingültigen Konsequenzen aus diesen konkreten Kriegsplanungen zu ziehen. Sie sei der Meinung, dass „1. die Nato mit den USA an der Spitze als aggressives Kriegsbündnis nicht reformierbar und 2. die BRD als Hauptaufmarschgebiet für die Nato-Truppen und Drehscheibe für Interventionen in der Dritten Welt entscheidender Bestandteil für die Kriegsführungsstrategie der Nato“ sei, hatte im April 1984 die „Initiative Kein Friede mit der Nato – raus aus der Nato“ formuliert. Diese klare und direkte

Konfrontation mit dem gesamten herrschenden Block, der doch auch in seinen sozialdemokratischen Teilen an der angeblichen Notwendigkeit der Nato als „Verteidigungsbündnis“ festhielt, ergab sich inhaltlich zwingend aus dem Studium der Militärdoktrin, Kriegsführungsstrategien und der tatsächlichen Politik der Nato-Staaten. Trotzdem wollte sie kaum jemand mittragen.

Auch innerhalb von BUF und bei anderen Nato-Kritikerinnen war die Forderung nach Austritt der BRD aus der Nato höchst umstritten. Sie wurde deshalb im Zusammenhang mit einem im Frühjahr 1986 veranstalteten Diskussionskongress „Frieden mit der Nato?“ vorläufig auf Eis gelegt. Trotzdem gab es selbst mit Teilen des antimilitaristischen Spektrums keinen Konsens darüber, dass die Nato-Kritik zentrale Aufgabe der Friedensbewegung sein müsse. Je näher die Kritik ans „Allerheiligste“, ans innerste Selbstverständnis des kapitalistischen Staates rückte, desto kleiner wurde der Kreis derer, die da noch mitwollten.

Und was wäre das Heiligste, das Unantastbarste des kapitalistischen Frontstaates BRD gewesen wenn nicht seine explizite, kompromisslose Feindschaft gegen alles „Sozialistische“ im Allgemeinen und die DDR im Besonderen? Und konsequenterweise gab es in diesem Punkt generell die größte Verwirrung und das direkteste Hineinregieren der Staaten in die Friedensbewegung. Diejenigen, die sich positiv auf die DDR und die Sowjetunion bezogen, lehnten natürlich alles ab, was je hätte DDR-kritisch sein können. Warum aber fast alle anderen bis weit in die Zusammenhänge der Antikapitalisten hinein z.B. den Abbau der Raketen in „Ost und West“ fordern oder ununterbrochen ihre „Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung der DDR“ bekunden mussten, ist nicht ganz einfach zu erklären. Wenn mensch bedenkt, dass diese von Figuren wie Rainer Eppelmann bestimmt wurde, der auch damals schon denselben Müll vertrat wie heute, wird das Ausmaß der Verwirrung deutlich.

Es konnte selbstverständlich für prinzipiell staatskritische Menschen nie darum gehen, etwa die SED-Innenpolitik zu verteidigen oder beispielsweise die UdSSR zum Reich des Friedens zu erklären. Solche Positionen waren ihrerseits immer schon lediglich Ausdruck des Einflusses einer anderen Staatlichkeit auf die Köpfe ihrer ProtagonistInnen. Für die Friedensbewegung kam es allerdings schon darauf an, genau zu begreifen und auch offen auszusprechen, was die Existenz der UdSSR für die Erhaltung des Nicht-Kriegs-Zustandes bedeutete und was die der DDR für die Zügelung bundesdeutscher Großmachtgelüste. Wer da zuerst Abgrenzungsrituale wie die oben beschriebenen praktizieren musste, in dessen/deren Kopf spukte offenbar der BRD-Staat herum. Leider hat sich nur allzu schnell als wahr erwiesen, was ich im April 1988 im „Friedensforum“ schrieb, dass nämlich die Nato überall dort bereit sei, realen Krieg zu führen, „wo er nicht in der Gefahr steht, zum ganz großen Konflikt zu eskalieren“; dass sie diesen noch scheue, werde wohl nur so lange der Fall sein, wie „die UdSSR als Weltmacht mit den entsprechenden Möglichkeiten existiert“. Seit es diese Weltmacht nicht mehr gibt, scheut die Nato tatsächlich nichts und niemanden mehr, und Russland nickt alles ab.

dass die Friedensbewegung es geschafft hatte, viele Menschen auf ihre Seite zu ziehen, die erst einmal keine Widersprüche zum BRD-Staat als solchem hatten, war in der Anfangsphase durchaus Bestandteil ihrer Stärke. Sie brach damit in die Domäne ihres Gegners ein und entzog ihm Unterstützung. Zumindest die SPD geriet bei diesem Prozess auch gehörig unter Druck, und ohne die durch den Regierungswechsel bedingte Spaltung wäre es der FDP wohl ähnlich ergangen. Aber dann fehlte es sowohl den Friedensorganisationen je einzeln als auch der Bewegung als Ganzer an der eigenen Klarheit über die Rolle der BRD im Aufrüstungsprozess. Diejenigen Gruppen und Personen, die dazu über kritische Ansätze verfügten, waren aus historischen und Gründen der politischen Kultur oft sehr weit voneinander entfernt; nicht selten zerstritten sie sich zusätzlich über Fragen taktischer oder propagandistischer Art (wie es leider der Tradition der deutschen „Neuen Linken“ entsprach). Deshalb waren sie unfähig, gemeinsam und/oder einander ergänzend eine treibende Rolle bei der Entwicklung eines solchen notwendigen Diskussions- und Klärungsprozesses zu übernehmen.

Die Friedensbewegung geriet schon in erkennbare Unsicherheiten und hatte ernste Mobilisierungsschwierigkeiten, als nach dem Stationierungsbeschluss die Bundesregierung begann, sich bewusst friedenspolitisch zu verkaufen. Als sich Reagan vom Kämpfer gegen das Böse zum Friedenspräsidenten mauserte, verstärkten diese sich deutlich. Als dann mit Gorbatschows immer neuen und immer schnelleren Abrüstungsvorschlägen sich eine zwischenstaatliche Dynamik entfaltete, verfügte die Mehrheit der Bewegung über kein Verständnis dessen, was da geschah und über keine Abwehrkräfte dagegen.

Zu spät und auch erst nach und nach erklärten alle Strömungen des KA, dass die Vorschläge des Westens kaum oder gar keine wirkliche Abrüstung beinhalteten; damit blieb auch der Versuch vergeblich, den Blick auf die anstehende neue Aufrüstungsrunde („Nach-Nachrüstung“) zu lenken; die dagegen mit der "Veto"-Kampagne entwickelte Aktionsvorstellung blieb ebenso folgen- und wirkungslos wie die Feststellung der Aktionskonferenz vom April 1989: „40 Jahre Nato haben uns abgeschreckt“. Trotz beispielloser Massenmobilisierung, trotz breitester gesellschaftlicher Zustimmung, trotz im zentralen Punkt der Raketenstationierung richtiger Analyse, trotz erfolgreicher Bündnispolitik war es in den Augen der Öffentlichkeit nicht die Friedensbewegung, die die Aufrüstung beendet und den Frieden sicherer gemacht hatte; diese Ehre teilt sich Gorbatschow mit der Nato.

Das wirft natürlich auch die Frage auf, was denn aus dem geworden ist, was viele einmal für den größten Erfolg der Friedensbewegung hielten, der Veränderung des Bewusstseins der Menschen in dieser Gesellschaft in puncto staatlicher Friedenspolitik, eigener Verantwortung und neuer demokratischer Massenkultur. Wo waren die eine Million Menschen, die 1983 demonstriert hatten, als es darum gegangen wäre, mehr zu verlangen, als sie Nato freiwillig geben wollte? Wo waren die zigtausende von AktivistInnen, die jahrelang Aktionen organisiert hatten, als es darum gegangen wäre, innenpolitischen Druck zu machen? Wo waren die Tausende, die 1979-81 Militärpolitik erst selbst studiert und dann ihr Wissen in Millionen von Gesprächen und kleinen und größeren Veranstaltungen weitergegeben hatte, als es darum ging, neue Fragen zu diskutieren und neue Einsichten weiterzutragen?

Nicht dass es keine Friedensarbeit mehr gegeben hätte; aus dem Vorhergehenden ist vielmehr deutlich geworden, dass nach wie vor eine Anzahl Gruppen und Organisationen sich bemühte, die ständig wachsende Zahl von Themen und Aufgaben zu bearbeiten. Vielleicht waren sie dabei so beschäftigt, vielleicht hielten sie ihr eigenes Ausharren im Engagement für so selbstverständlich, dass sie gar nicht merkten, dass und wie ihnen die Basis abhanden gekommen war. Wo jedenfalls waren all die zu Beginn der 80er neu mobilisierten Massen?

4. Die Bewegung, die Massen und das Vertrauen in die eigene Kraft

Ich will hier nicht der Frage nachgehen, wie es kommt, dass Bewegungen in Konjunkturen ablaufen, deren Kurven irgendwann einen Höhepunkt haben und dann abfallen. Es genügt, das als Tatsache festzuhalten und dann festzustellen, dass es folgerichtig nach dem Herbst 83 einen gewissen Rückgang der Aktivität und der Mobilisierung gab. Was die subjektive Seite betrifft, die Defizite und Fehler der einzelnen Strömungen, habe ich im vorigen Kapitel versucht, den wesentlichen Aspekt der Staatsnähe genauer zu beleuchten. Das Anliegen des vorliegenden Beitrages beschränkt sich darauf, einige Hauptlinien der Entwicklung herausarbeiten zu wollen, deshalb ist eine Vertiefung des subjektiven Aspekts um weitere Gesichtspunkte, die es durchaus gab, nicht notwendig. Aber zu allen „natürlichen“ Abnutzungserscheinungen und zu allen individuellen und kollektiven Fehleinschätzungen der AktivistInnen und Gruppen kam ein Bündel an äußeren Bedingungen, die die Friedensorganisationen nicht beeinflussen konnten. Sie blieben deren Auswirkungen hilflos ausgeliefert, weil sie ihre Mitglieder im jeweiligen Zentrum des eigenen politischen Selbstverständnisses betrafen.

Schon im Herbst 1983 hatte sich ein erstes Problem aufgetan, das für viele nicht auflösbar war. Es war das gewählte Parlament, der Deutsche Bundestag, das zumindest formal gesehen über die „Nach“rüstung entscheiden würde. Wollte die Friedensbewegung die bis dahin gültige Beschlusslage verändern, so musste sie die Mehrheit des Bundestages gewinnen. Das schien schwer, manchen unmöglich, aber der Versuch war notwendig und unmittelbar einsichtig: Wie hätte denn eine Kampagne aussehen sollen, die von vorneherein gesagt hätte: „Der Bundestag interessiert uns nicht; der stimmt ohnehin gegen uns.“?

Mit der sich auch öffentlich abzeichnenden Zustimmung zur Stationierung entstand ein Dilemma für alle, die der demokratischen Kompetenz des Parlaments ohnehin Misstrauten. Weil der Bundestag tatsächlich, im innersten Machtkern hinter der formal-rechtlichen Ebene, gar nicht der Entscheidungsträger war, war er materiell der falsche Adressat für die Aktionen der Bewegung. Aber deren übergroße Mehrheit teilte unser Misstrauen nicht, und so blieb uns gar keine andere Wahl, als auch unseren eigenen Zivilen Ungehorsam in der Bundestagsbelagerung gegen das Parlament zu richten. Das war für viele Linke und Linksradikale unverständlich oder zumindest doppeldeutig. Was sollte eine Aktion gegen den falschen Adressaten, deren materiell-inhaltlicher Misserfolg obendrein von vorneherein feststand?

Umgekehrt stellte sich das gleiche Dilemma für diejenigen, die vom Funktionieren der parlamentarischen Demokratie überzeugt waren. Was sollte mensch tun, wenn das demokratisch legitimierte Parlament gegen den erklärten Willen der Mehrheit regierte? War Friedenspolitik nicht das Aktionsfeld für Selbstverantwortung und aufrechten Gang, sondern, wie alle Politik, doch nur ein schmutziges Geschäft?

Antiparlamentarismus, der sich ans Parlament wandte; Parlamentarismus, der vom Parlament im Stich gelassen wurde: Viele zogen sich in andere Arbeitsbereiche zurück oder beendeten ihr Engagement ganz. Das betraf vorrangig, aber keinesfalls allein, die sicherheitspartnerschaftliche und einen Teil der antikapitalistischen Strömung. Der Einbruch nach dem Herbst 83 war durchaus nicht nur eine Frage der Bewegungskonjunktur, sondern hatte viel mit der politischen Identität der Bewegten zu tun.

Trotzdem blieb das Aktivitäts- und Mobilisierungsniveau verhältnismäßig hoch. Ein Vergleich mit den früheren Friedensbewegungen (gegen die Wiederbewaffnung und Kampf dem Atomtod) könnte interessante Aufschlüsse über die Gründe liefern, aber einer scheint mir auf der Hand zu liegen: ein zentrales Motiv, das die Menschen veranlasst hatte, sich der Friedensbewegung anzuschließen oder sie zu unterstützen, war die akute Angst vor einem (kurz) bevorstehenden Krieg. Das war nicht nur wegen der militärischen Möglichkeiten der neuen Raketen und der militaristischen Sprüche der ersten Reagan-Regierung verständlich, sondern aus dem tatsächlichen Bedrohungspotenzial heraus auch gut begründet.

Dabei musste mensch nicht einmal einer der beiden Seiten aggressive Absichten unterstellen: Je komplizierter ein Mechanismus, desto störanfälliger ist er auch. Und die Abschreckung war nicht nur ein komplizierter Mechanismus, sondern auch ein höchst sensibler. Jeder Mensch, der länger mit Kindern zu tun hatte, wird den Ablauf im Kleinen kennen: wenn die Drohung nicht wirkungslos werden soll, kann ich nicht fortwährend Sanktionen ankündigen, ohne sie einmal wahrzumachen. Das heißt, wenn ich Schläge androhe, muss ich sie auch einmal austeilen. Und weil mein Gegenüber das weiß, wird er oder sie die Grenzen nicht überschreiten, sodass ich nicht zu schlagen brauche, es sei denn, er denkt, ich werde die Grenzen schon nicht überschreiten, damit er nicht...Genau auf diesem nicht nur zutiefst unmoralischen, sondern auf Dauer auch unpraktikablen Prinzip beruhte die Abschreckungspolitik. Es gab also ausreichend Grund, sich nicht nur vor einem gewollten Atomkrieg zu fürchten, sondern auch vor einem, der aus einer „Störung“ im System der Abschreckung oder einfach aus ihrer Eigendynamik heraus entstehen könnte.

Alle Strömungen der Friedensbewegung haben diese Angst in ihre Arbeit einbezogen. Besonders in der antimilitaristischen wurde versucht, ihr auch eine theoretische Basis und einen konsistenten praktisch-politischen Rahmen zu geben. Dort gingen viele davon aus, dass es gerade das

Militärische sei, das alltägliche Hantieren mit der Gewalt, das Prinzip von Befehl und Gehorsam und des Ausschaltens der eigenen Verantwortung (und damit auch des eigenen Gewissens), das sich von der Gesellschaft verselbständige. Nicht so sehr das Gesellschafts- oder Wirtschaftssystem verursache die Kriegsgefahr, obwohl auch das in der Sicht vieler AntimilitaristInnen durchaus bedeutsam war. Hauptsächlich zu bekämpfen sie der Militarismus als solcher.

Und nun gingen „die Militaristen“ auf einmal hin und geißelten den Militarismus selbst.

Gorbatschow und Reagan überboten sich mit Friedensplänen, Kohl hielt mit verbaler Zustimmung mit, und Strauß und Schmidt hatten nichts mehr zu sagen. Es sah so aus, als gäbe es „die Hochrüstung nur, weil die Generäle sonst nicht wüssten, wie sie die Zeit rumkriegen“, wie BUF sarkastisch kommentierte. Für alle, die sich nicht lange und intensiv mit Theorie und Praxis des Antimilitarismus beschäftigt hatten, konnte es scheinen, als erfülle sich ihr eigener, langgehegter Traum. Ob es nun ihrem Engagement, der Einsicht der Herrschenden, den Umständen oder einer gnädigen Fügung geschuldet war, die Welt schien friedlicher zu werden.

In Europa wurde sie es ja auch wirklich, zumindest soweit es einen möglichen Atomkrieg an der Zentralfront der Blöcke betraf. Weiter oben wurde schon gesagt, dass hiermit ein Prozess begann, der insgesamt den Krieg nach Europa zurückbrachte. Das lässt den Verdacht aufkommen, dass es mehr die Angst vor einem Kriegsschauplatz Deutschland war als die Angst vor einem Krieg überhaupt, die viele Menschen bewegte. Die Tatsache, dass die Mobilisierung gegen den 2. Golfkrieg genau ab dem Zeitpunkt einbrach, als absehbar war, dass er nicht nach hier eskalieren werde, könnte auch in diesem Licht betrachtet werden. Auch das Ausbleiben von Massenprotesten gegen den Krieg in Jugoslawien/Bosnien würde dazu passen. Aber ohne umfassende, auch empirische, Untersuchungen ist das nicht mehr als eine Spekulation, die allerdings in Teilen der Friedensbewegung schon früh recht verbreitet war. Auch ein Wandel der Motivationslage über die Zeit wäre leicht vorstellbar. Zumindest in den USA hat der 2. Golfkrieg gezeigt, dass es der herrschenden Politik gelungen war, die Konsequenz aus dem Vietnamkrieg „Wir wollen keinen Krieg mehr“ umzuwandeln in ein fast gleichlautendes „Wir wollen keinen Krieg mehr verlieren“.

Wie dem auch sei, jedenfalls war die Kriegsangst ein bewegendes und mobilisierendes Element. Eine ebenso gut begründete Angst hatte sich schon zehn Jahre früher gegen die Atomkraftwerke gerichtet. Die Anti-AKW-Bewegung hatte schon vor dem Erstarken der Friedensbewegung ihren Höhepunkt überschritten gehabt, verfügte aber noch über viele aktive Gruppen und Menschen. Viele von diesen fanden es selbstverständlich, sich nun auch in der neuen Massenbewegung zu engagieren, zumal für einen Teil von ihnen die militärische Seite des Atomprogramms schon immer ein Thema gewesen war. Ihre absolute Zahl mag anderswo höher gewesen sein, ihr relativer Anteil war im antikapitalistischen Spektrum besonders hoch.

Mit dem Brand im AKW von Tschernobyl am 26.4.1986 brach diesem praktisch die gesamte Basis in der Friedensbewegung weg. Waren vorher noch leicht 300 Menschen überwiegend als VertreterInnen aktiver Gruppen zu Bundeskonferenzen gekommen, so waren es jetzt mal gerade 50, und von denen hatten die meisten keine Gruppenzusammenhänge mehr. Schon bei der von BUF selbst vorgeschlagenen und nur mit viel Geduld und Mühe konsensfähig gemachten Hasselbach-Aktion im Herbst 86 fehlten uns die Kräfte, um irgendetwas mehr zu leisten, als unsere Aufgaben im Gesamtbündnis zu erfüllen.

Die Anti-AKW-Bewegung erstarkte zusehends wieder, es gab auch große Unruhe und Beängstigung überall, aber die erhoffte Massenmobilisierung blieb aus. Versuche der Friedensbewegung, das Thema stärker mit aufzunehmen, brachten nur sehr punktuell eine engere Zusammenarbeit. Der BUF-Gedanke, beide Themen aneinanderzubinden, fand zwar in den Kampagnen „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“ und „Plutonium: Wo kommt es her? Wo geht es hin?“ eine praktische Umsetzung. Aber die Resonanz blieb schon politisch mager, die Initiierung neuer, selbsttragender Aktivitäten Misslang völlig. Die Tatsache, dass die eigene Prognose richtig war („Das Eintreten des 'Größten anzunehmenden Unfalls' – GAU – in einem AKW ist nur eine Frage des wann, nicht des ob.“), das Vorhandensein einer flächendeckenden Struktur hochqualifizierter Gruppen und AktivistInnen und eine große Betroffenheit in der Bevölkerung

schützte nicht vor der Niederlage!

Von den geschilderten Entwicklungen schien das „friedliche Koexistenz“-Spektrum, zumindest soweit es an der DKP und der UdSSR orientiert war, weitgehend verschont geblieben zu sein. Es gab natürlich interne Diskussionen, die nach außen aber nur für sehr aufmerksame BeobachterInnen sichtbar wurden, etwa als sich 1985 mit der Friedensliste ein Teil des Bündnisbereichs und der Funktionäre der DKP an den Aktivitäten gegen den Weltwirtschaftsgipfel beteiligte. Tschernobyl war für manche ein tiefer Einschnitt. Ein hauptamtliches Mitglied des Parteivorstandes bekannte im persönlichen Gespräch, dass für ihn buchstäblich eine Welt zusammengebrochen war; er hatte wirklich nicht geglaubt, dass so etwas in einem AKW in einem sozialistischen Land hätte passieren können. Wenn solche zentralen Annahmen falsch waren, was war dann noch alles falsch? Und mit Gorbatschow wurde alles noch schlimmer. Zwar gewann er im Westen reichlich Sympathien, aber seine hiesigen politischen Verbündeten profitierten nicht davon. Vielmehr kamen im Zuge der Veränderungen, die mit den Stichworten Glasnost und Perestroika verbunden waren, viele Probleme und Widersprüche zum Vorschein, die schon längst unter der Oberfläche gegärt hatten. Schon seit Jahrzehnten hatte das sowjetische Modell als Ganzes keine Ausstrahlungskraft mehr für die Massen in den westlichen Ländern. Aber es schien doch durchaus einige brauchbare und akzeptable Elemente zu haben und wurde von einigen ja auch verteidigt. Jetzt wurde nicht nur sichtbar, dass auch einige dieser guten Seiten recht brüchig waren – damit hatte mehr oder weniger nur die DKP ein Problem.

Aber die Sowjetunion demontierte auch ihre eigene Rolle in der Erhaltung des Nicht-Krieges und das war für alle in der Friedensbewegung zentral. Wenn sie immer noch mehr einseitige Abrüstungsvorleistungen erbringen konnte, war sie dann womöglich doch nicht so sehr bedroht gewesen? Wenn sie sich auf alle denkbaren Bedingungen der Nato einließ, war diese dann vielleicht doch nicht so aggressiv? Wenn sie sogar eine eindeutige Nato-Überlegenheit zulassen wollte, war es dann am Ende doch so, dass die Abschreckung überflüssig gewesen und der Friede bei den USA in den besten Händen war. Oder, unaussprechlichster aller Gedanken, war die UdSSR vielleicht einfach am Ende?

Diese Fragen stellten sich eher objektiv; nur selten wurden sie von Personen direkt so ausgesprochen, von Organisationen noch weniger. Aber die Sowjetunion selbst lieferte die Formulierung des wichtigsten Aspekts unserer Frage nach ihrer Rolle im Friedensprozess selbst. Sie erklärte eine Reihe von überlebenswichtigen Themen zu „Menschheitsfragen“. Dazu gehörte auch Krieg und Frieden. Bisher war die Linke immer davon ausgegangen, dass der Kapitalismus die Tendenz zum Krieg in sich trage. Dieser Standpunkt wurde zwar nur von wenigen so betont, dass er zentral für ihr Selbstverständnis war, aber für alle Strömungen außer einem kleinen Teil der sicherheitspartnerschaftlichen war klar, dass Frieden gegen mächtige kapitalistische Interessen erkämpft werden musste. Dabei gab es natürlich massive Differenzen im Konkreten und in der Bewertung einzelner Faktoren, nicht zuletzt in der Frage, inwieweit diese Interessen in der Bundesrepublik nicht schon institutionell gebändigt seien. Aber wenn nun Frieden nicht mehr eine Frage des gesellschaftlich-politischen Standortes, des Interesses war, sondern nur noch eine des guten Willens, wozu brauchte es dann dazu eine Linke oder gar einen sozialistischen Staat? Nicht dass hier die Hauptursache läge, aber in dieser Logik ist es konsequent, dass es keine Sowjetunion und kein in der Friedensarbeit aktives DKP-Bündnisumfeld mehr gibt.

Das wenig förderlich für diese Arbeit (wie auch für den Frieden überhaupt) war, liegt auf den Hand. Viele Menschen aus dieser Strömung waren in der Bewegung aktiv gewesen. Sie verfügten über große praktische Erfahrung und hatten im Bedarfsfall auch mal organisatorische Unterstützung des Parteiapparats zu erwarten. Manch eine kräftezehrende Aktivität der neuen Friedensbewegung wäre ohne sie nicht zustande gekommen. Gerade Aktionen, die viele Aktive benötigten, wie flächendeckende Unterschriftensammlungen oder Informations- und Schulungskampagnen, waren auf Menschen aus dieser Strömung angewiesen gewesen. Mit der Deklaration der „Menschheitsfragen“ und später der Auflösung der DDR und der UdSSR lösten sich zwar die Menschen nicht auf, die an friedlicher Koexistenz der Systeme interessiert gewesen waren, aber die

Strömung hatte ihren Daseinsgrund verloren. Sie existiert nicht mehr.

5. Deutschland am Ziel

War in diesem Prozess einer Reihe von Friedensbewegten sozusagen ihr „Vaterland“ abhanden gekommen, so fanden andere ein neues, das leider allzu häufig das alte ist.

Im engeren Kreis der AktivistInnen im Koordinierungsausschuss/Netzwerk gab die Entwicklung in der DDR und Reaktionen in der BRD darauf schon spätestens ab Frühjahr 1989 Anlass, vor einem neu entstehenden deutschen Nationalismus zu warnen. Wenige Tage nach der Maueröffnung im November 89 bereits gab es den Versuch, eine klare Position gegen jegliche Wiedervereinigungsideen einzunehmen. Die Umkehrung des Weizsäcker-Diktums: „Das Brandenburger Tor ist auf; die deutsche Frage ist zu“ war aber nicht konsensfähig. Eine Arbeitsgruppe „deutsch-deutsche Zusammenarbeit“ des Netzwerkes formulierte im Einladungsschreiben zu ihrer Gründungssitzung am 17.12.89, „eine andere als die territoriale Struktur der Helsinki-Schlussakte vom 1. August 1975“ sei auch in einem politisch neu geordneten Europa „völlig undenkbar“. In ihrem Ostermarschaufruf vom 27. Januar 1990 zog die Friedensversammlung Rheinland aus der neuen politischen Lage die richtige Schlussfolgerung: „Wir wollen eine Bundesrepublik ohne Armee“. Sie forderte die „Anerkennung der DDR als souveräner Staat“.

Die tatsächliche politische Entwicklung ging, gerade auch in der DDR selbst, rasend schnell in eine andere Richtung. Die erste deutsch-deutsche Konferenz, die von der o.a. Arbeitsgruppe Anfang März durchgeführt wurde, schaffte es gerade noch, den „Beitritt der DDR zur BRD gemäß Art.23 Grundgesetz“ abzulehnen. Schon im „Friedensforum“ 3/90 (Juni) ging es nur noch darum, ob dieser inzwischen so beschlossene Beitritt mit einer neuen Verfassung garniert wird oder nicht.

Dann war Sommerpause und dann war Golfkrieg!

Auch eine mobilisierungsfähige, diskussionsfreudige, nicht in allen ihren Strömungen zutiefst geschwächte Friedensbewegung hätte 1990 vor einer wohl unlösbaren Aufgabe gestanden. Aber wenn sich vormals friedensbewegte Sozialdemokraten und Grüne nicht entblödeten, ausgerechnet am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, im Bundestag das Deutschlandlied zu grölen, wenn vormals linke Prominente es für richtig hielten, im Vergleich Saddam Husseins mit Hitler nicht nur den Krieg, und die deutsche Beteiligung daran, zu rechtfertigen, sondern damit gleichzeitig eine unglaubliche Verharmlosung der Verbrechen der Deutschen Nazis zu betreiben, wenn später im Bosnienkonflikt vormals pazifistisch Engagierte nach militärischen Lösungen riefen, an denen sicherlich auch die Bundeswehr bald beteiligt sein würde (und es inzwischen ja auch ist), dann sah das doch sehr danach aus, als seien damit Leute da angekommen, wo sie immer schon hinwollten und auch hingehörten.

Mensch möge sich erinnern, dass es in der neuen Friedensbewegung von Anfang an eine quer zu allen Strömungen liegende Tendenz gab, die „Nach“rüstung auch als Ausdruck US-amerikanischer Dominanz über Europa zu kritisieren. Nicht zufällig und nicht erfolglos versuchten neurechte Clübchen wie der „Initiativkreis Linke Deutschlanddiskussion“ (LDD), genau auf diesem Boden Fuß zu fassen. Die enge Verbindung des früheren grünen Bundestagsabgeordneten und LDD-Förderers Alfred Mechtersheimer mit nationalistischen Kreisen ist inzwischen weitgehend bekannt. Es könnte eine Flut von Aussagen sozialdemokratischer PolitikerInnen angeführt werden, die zeigen, wie sehr sie „deutschen Interessen“ verpflichtet waren, aber keine dürfte deutlicher sein als die von Egon Bahr, der sich nach der Unterzeichnung des Vertrages über die eurostrategischen Raketen im Dezember 1987 freute, dass es zur laufenden militärpolitischen Diskussion auf der vorangegangenen Wehrkundetagung in München „erstmal eine fast geschlossene Front der Deutschen gegen die Amerikaner“ gegeben habe (Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/88, S.278). Die KA-Organisationen bemühten sich geflissentlich, wegzuhören oder empfanden es höchstens als ärgerlich, als BUF kommentierte, dass uns fast geschlossene Fronten von Deutschen Angst machen, weil wir das irgendwoher noch kennen.

Kurz vorher hatte eben dieser Egon Bahr, der sich heute „Friedensforscher“ nennt, den Vorschlag als „Gag“ bezeichnet, die Bundesrepublik solle ihren angeblich völkerrechtlich verbindlich erklärten Verzicht auf Atomwaffen auch im Grundgesetz festschreiben. Wer wird denn auch auf zukünftige Großmachtoptionen verzichten wollen! In der SPD (und bis 1982 auch in der FDP) hatte es keine Einigkeit darüber gegeben, ob die „Nach“rüstung der richtige Weg zu Ziel sei; im Ziel, Deutschlands Rolle in der Welt zu stärken, gab es von Brandt bis Dregger, von Schmidt bis Hamm-Brücher nie einen Dissens. Als 1989/90 die DDR zusammenbrach, hatte die Friedensbewegung diesem „Konsens der Demokraten“ nicht nur nichts entgegenzusetzen, die Tendenz der Entwicklung entsprach auch dem Wollen ihrer großen Mehrheit.

So erwiesen sich die zehn Jahre des Niedergangs der Friedensbewegung von 1983 bis 1993 als die Zeit des Aufstiegs Deutschlands zur Weltmacht. Der Jugoslawien/Bosnien-Krieg hat nicht nur die europäische Landkarte weiter verändert, er markierte überhaupt in vielerlei Hinsicht eine Wendemarke. Deutschland hatte aufgehört, um einen Führungsplatz in der Welt zu rangeln, es hatte ihn eingenommen. Seine Dominanz in Osteuropa war unangefochten; im Westen würde sie es solange auch sein, wie der Gleichschritt mit Frankreich funktioniert. Dies war gleichzeitig die einzige Fessel, die ihm aus seiner Niederlage im 2. Weltkrieg verblieben war. Zum militärischen Mittun wurde es von seinen Partnern und früheren Kriegsgegnern geradezu gedrängt, seine Abschottung von den Armen der Welt organisierte es im europäischen Konsens. Mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ hatte es eine ideologische Allzweckwaffe zur Verfügung, die es ihm erlaubte, in fast alle Länder Europas hineinzuregieren, sei es zum vorgeblichen Schutz „deutscher“ Minderheiten, sei es zur Lostrennung irgendwelcher anderer. Eine Massenbewegung, die ihm innenpolitisch hätte in den Arm fallen können, existierte nicht mehr.

Für die verbliebenen Friedensgruppen stellten sich damit völlig neue Bedingungen. Das Ziel konnte nicht mehr sei, das eine Waffensystem zu verhindern oder die andere Planung zu stoppen in der Hoffnung, dass damit eine gewünschte Entwicklung beschleunigt würde. Strategisch-taktische Differenzen der Herrschenden in einer zweigeteilten Welt, an denen sie hätten ansetzen können, standen nicht mehr zur Verfügung. Die Friedensbewegung musste sich neu definieren inmitten einer Großmacht mit weltweiten Interessen und Handlungsmöglichkeiten. Sie hielt dazu wichtige Einzelelemente in der Hand, setzte durchaus an zentralen Fragen wie reale Kriegsentwicklung, Abschottung gegen Armut- und andere Flüchtlinge, Ablehnung militärischer Interessensicherung an. Der Einfluss der direkt mit staatstragenden Kräften (vor allem der SPD) verbundenen Strömungen war geringer als in den 80er-Jahren. Aber wie später die öffentliche Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien gezeigt hat, verfügten diese Kräfte immer noch über eine erhebliche Fähigkeit zur Desorientierung in der Friedensbewegung. Ohne dass sie sich selbstbewusst und selbständig gegen den gesamten herrschenden Block organisiert, wird die Friedensbewegung ihre Aufgabe in der Führungsmacht der Festung Europa nicht erfüllen können.

An Quellen wurden außer den im Text angegebenen benutzt
AK (Arbeiterkampf), später ak (analyse und kritik), Jgg. 1983-93
KA-Rundbrief, später Friedensforum, Jgg. 1983-93
Rundbrief Ziviler Ungehorsam, Jgg. 1983-88
Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen, Rundbrief, Jg. 1988
Unterlagen des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung (KA) aus den Jahren 1983-1989,
des Netzwerks Friedenskooperative aus den Jahren 1990-93
Eigene Veröffentlichungen der KA-Organisationen